

der Schiedspruch von den Unternehmern abgelehnt, so, ehe das Schlichtungsverfahren zu Ende war, hatten die Unternehmer die Kündigungen bereits ausgesprochen. Dabei sind die Forderungen der Metallarbeiter außerordentlich bescheiden; nur ein Teil davon würde an den Lohnerhöhungen beteiligt sein. Unter solchen Umständen konnten sich die Gewerkschaften unter keinen Umständen mit den Unternehmern auf Kompromisse einlassen, die über die bescheidenen Forderungen hinausgingen. Dafür hören wir nun überall das Stöhnen und Klagen des Unternehmertums über die schlechte Wirtschaftslage. Ein Bild in die Bilanz aber zeigt uns, daß die einzelnen Konzerne mit guten Gewinnen gearbeitet haben, daß die Preise ihrer Produkte in einem Maße in die Höhe gestiegen sind, daß diese Steigerungen überhaupt nicht mit dem bescheidenen Hinangehen der Arbeiterlöhne in Vergleich zu setzen sind. Das ist namentlich bei dem Ködner-Konzern der Fall. Dabei gehört dieser nur zu den mittelmäßigen Konzernen. Wie mag es da erst bei den ganz großen Unternehmern aussehen! (Sehr wahr! bei den Soz.)

Es kommt den Unternehmern nicht darauf an, daß sie, wie sie jetzt sagen, mit dieser Maßnahme der Wirtschaft helfen wollen. Sie sagen, der Schiedspruch sei deshalb rechtens, weil der Schlichter ohne die Beifügung nicht allein in der Lage sei, einen Schiedspruch zu fällen. Ich wende darauf hin, daß in der Vergangenheit ein solches Verfahren sehr oft üblich und als Recht anerkannt worden ist, wenn aus dem Beistehen keine Mehrheit zu erhalten war. Technisch liegt es mit dem Rechtens. Aber die Unternehmer glauben ja schließlich selbst nicht an die Stichhaltigkeit ihrer Einwände. Sie haben zwar die Feststellungsfrage eingereicht, aber ausgerechnet bei dem Arbeitsgericht in Duisburg und nicht in Essen. Sie sind angeblich deshalb nach Duisburg gegangen, weil dort der Christliche Metallarbeiterverband als Hauptbeteiligter am Kampf seinen Sitz hat. Wir gehen aber nicht fehl, wenn wir die Erklärung für die Wahl Duisburgs in dem Vorstehenden des dortigen Arbeitsgerichts suchen, der sich beim letzten Rheinischerstreik u. a. durch das Verbot des Streikpostenstehens rühmlichst hervorgetan hat.

Statt schnell zu handeln, hat dieser Mann den Verhandlungstermin erst auf den 16. November festgesetzt!

(Stürmisches Hört, hört! bei den Soz.) Es ist kein Wunder, wenn durch solche Verschleppungen auch die Arbeitsgerichte in Arbeiterkreisen in Mißkredit gebracht werden! (Sehr wahr! bei den Soz.)

Aus der dem Arbeitsminister eingereichten Denkschrift der Unternehmer geht hervor, daß sie lediglich eine angeblich harmlose Reform des Schlichtungswesens wünschen. Aber die Dinge liegen anders: In Wahrheit soll der Einfluß des Staates ausgeschaltet werden. (Sehr wahr! links.) Zu diesem Zwecke sind seit langem große Summen aufgesammelt worden und man hat gewartet, bis ein Sozialdemokrat Arbeitsminister war. Und darüber hinaus geht es politisch gegen die ganze Reichsregierung! (Stürmisches Zustimmung links.)

Es handelt sich hier um eine offene Rebellion einer kleinen mächtigeren Unternehmerrunde gegen Staat und Gesetz. Wie würden wohl die Geschworenen von rechts, wenn der Fall umgekehrt läge, nach der Staatsautorität scheitern! (Sehr wahr! bei den Soz.)

Um den verhassten Sozialdemokraten in der Reichsregierung zu weichen zu rücken, übernehmen die Unternehmer sogar durch die Aussperrung einen wächtlichen Produktionsausfall von 80 Millionen, obwohl die ganze Lohnerhöhung pro Jahr nur 20 Millionen beträgt! Diese offene Rebellion gegen den Staat und seine Gesetze (Leb! Zustimmung links!) erfordert einen Eingriff des Staates mit seinen schärfsten Mitteln! (Beifall links!)

Alle Anzeichen deuten jetzt schon darauf hin, daß die Unternehmer kampfmüde sind, nachdem sie mit einer Frivolität ohnegleichen diese Auseinandersetzung heraufbeschworen haben. Diese Herren sind einstmals bei der Ruhrbewegung geflüchtet.

Sünderher trönten sie da vor Dank über, weil die Arbeiterschaft die Betriebe gerettet hat. Heute bedenken sie dafür dieselben Arbeiter mit Füßtritten! (Sehr wahr! bei den Soz.) Aber die Einheit und Geschlossenheit der ausgesperrten Arbeiter wird den Kampf zu ihren Gunsten entscheiden. Ich hoffe dabei, daß auch die christlichen Gewerkschaften bis zuletzt durchhalten werden und an diesem Fall erkennen mögen,

daß es einen Klassenkampf gibt, der von oben her rücksichtslos und brutal geführt wird.

Die gesamte deutsche Arbeiterschaft steht hinter den Ausgesperrten, und es wird ihr kein Opfer groß genug sein, um ihnen in diesem aufgezwungenen Kampf zu helfen.

Die Kommunisten haben sich zwar heute wieder bemüht, den Sozialdemokraten neben den Unternehmern die Schuld an der Aussperrung in die Schuhe zu schieben. Es ist überflüssig, diese Angriffe zu widerlegen. Wenn die Unternehmer Mitschuldige haben, so sind es die Kommunisten, die durch ihre Spaltungstaktik und durch ihre ewige Feindschaft die Gewerkschaften gelähmt haben. Eine Einheitsfront mit Mostau kann es in diesem Kampf nicht geben. Die Arbeiterschaft ist der ewigen Parolenkassette der Kommunisten müde geworden. (Sehr wahr! bei den Soz.)

Die Unternehmer aber mögen bedenken, daß die Zeiten der Willkür und der Unterdrückung vorbei sind. Sie werden erkennen müssen, daß, ganz gleich wie der Kampf ausgeht, auch dem letzten Arbeiter die Augen geöffnet werden, wo seine wahren Feinde sitzen. (Stürmischer Beifall bei den Soz.)

Inzwischen ist ein Antrag der Deutschnationalen Volkspartei eingegangen: Der Landtag wolle beschließen, die Staatsregierung zu ersuchen, bei der Reichsregierung dahin zu wirken, daß mit größter Beschleunigung Schritte unternommen werden, die zu der im Interesse unseres gesamten Volkes notwendigen Verständigung in der weltlichen Eisenindustrie führen können.

Abg. Dr. Deereberg (Dnl.):

Es ist nicht richtig, von einer Rebellion der Unternehmer gegen die Gesetze zu sprechen. Wenn ich als vereidigter Richter objektiv den Tatbestand feststelle, so mußte der Schiedspruch, der erst am 1. November in Kraft treten sollte, deshalb ins Leere fallen, weil die Unternehmer bereits am 13. Oktober zum 31. Oktober über den Arbeiterlöhnen gekündigt hatten. Es handelt sich um eine wirtschaftliche Kampfmaßnahme der Unternehmer mit dem Ziel, günstigeren Arbeitsbedingungen für die Arbeitgeber zu erreichen. Die Unternehmer haben schließlich das gleiche Recht wie die Arbeiter. In diesem Sinne sind die Kündigungen vom 13. Oktober als wirtschaftliche Kampfmaßnahmen zu bezeichnen. Die Unternehmer haben weder vorwiegend noch widerrechtlich Resistenz gegen die Rechtskraft geltender Gesetze geübt. Der Schiedspruch sollte zu einem Zeitpunkt in Kraft treten, als die Arbeiter bereits entlassen waren. Es ist natürlich eine andere Frage, ob die Aussperrung von Hunderttausenden leichtlich berechtigt war oder nicht. Die 13tägigen Beratungen der Arbeitgeber haben bewiesen, daß die Lohnerhöhung nicht zu tragen ist. Dagegen gibt der Schiedspruch zu den stärksten Bedenken Anlaß. Es handelt sich also weder um eine Aufhebung

gegen den Staat noch um politische Motive. Wer glaubt, mit solchen Maßnahmen angesichts einer so stark organisierten und geschlossenen stehenden Arbeiterschaft etwas erreichen zu können, gehört ins Irrenhaus. Der Redner verbreitet sich jedoch über die Lage der deutschen Wirtschaft auf dem Inlandsmarkt und hofft, daß auch jetzt Gelegenheit ist, daß sich die streitenden Parteien an einen Tisch setzen, um zu einer Verständigung zu kommen.

Abg. Sebbarn (Str.):

Wahrend für die Beurteilung der Rechtslage ist der Schiedspruch, den die Unternehmer anerkennen müssen. Die Arbeiter haben somit zweifellos das Recht auf Zahlung eines Bierwochenlohnes zu klagen. In anderen Fällen haben die Unternehmer sonst immer noch einen Schiedspruch die sofortige Aufnahme der Arbeit verlangt. Diese Auseinandersetzung zeigt aber, daß die Unternehmer sich schon vorher zu Kampfmaßnahmen entschlossen hatten.

Selbst wenn die Arbeiter auf den erhöhten Lohn verzichten, sind die Unternehmer entschlossen, den Kampf nicht aufzugeben. (Hört, hört! links und in der Mitte.) Das ist der „Herr-im-Hause-Standpunkt!“

Ihr Hauptziel ist der Kampf gegen die staatliche Autorität, um die Unterordnung des Staates unter den größeren Geldbeutel. Der Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften verlangt daher schärfsten Kampfs zur Aufrechterhaltung der staatlichen Autorität. Der Redner fordert Durch-

führung des für verbindlich erklärten Schiedspruchs mit allen Mitteln und Ertrag des durch die Ausperrung verursachten Schadens. Die Lohnerhöhungen des Schiedspruchs sind wirklich nicht erfüllbar. Bei der gesteigerten Produktion in der Eisen- und Stahlindustrie sind auch die Gewinne erheblich gestiegen. Durch soziale Maßnahmen muß die Lage der entlassenen Arbeiterschaft gebessert werden.

Der Redner fordert ferner Erwerbslosenunterstützung für die entlassenen Arbeiter; ihre Verweigerung ist ein Unrecht. Er verlangt in einem Antrag, die Staatsregierung zu ersuchen, auf die Reichsregierung dahin einzuwirken, dafür zu sorgen, daß die Arbeiter nicht nur wieder eingestellt werden, sondern daß sie auch ihre rechtmäßige Arbeitslosenunterstützung erhalten.

Er spricht zum Schluß die Hoffnung aus, daß die Maßnahmen der Reichsregierung so schnell kommen, daß sie zum Segen für die Arbeiterschaft werden.

Abg. Wontkowi (Komm.):

Die Arbeiterschaft steht geschlossen der Ausperrungsmaßnahme gegenüber und wird den Widerstand der Unternehmer brechen. Nicht eher wird die Arbeiterschaft in die Betriebe zurückkehren, bis die 15 Pfennig Lohnerhöhung durchgesetzt sind.

Hierauf verlegt sich das Haus auf Mittwoch, den 7. November, mittags 12 Uhr. Tagesordnung: Fortsetzung der Aussprache über den Ruhrkampf.

Mehr soziale Gesichtspunkte im Recht!

Debatte über die Strafbemessungsgründe im Strafgesetzausschuß.

Der Strafgesetzausschuß des Reichstages beriet gestern zunächst die Bestimmungen, die für den Fall vorgesehen sind, daß jemand mit derselben Tat mehrere Strafgesetze verlegt oder durch die Tat sich gegen dasselbe Strafgesetz mehrmals vergeht. Der Gegenstand steht vor, daß in solchem Falle das Höchstmaß der Strafe, das in dem anzuwendenden Strafgesetz vorzusehen ist, um die Hälfte überschritten werden darf. Gegen diese letzteren Bestimmungen wandte sich Genosse Dr. Marum, in dem er namens der sozialdemokratischen Fraktion einen Antrag begründete, der in den Fällen, in denen jemand durch eine Handlung mehrere Strafgesetze verletzt hat, diese Erhöhung des Strafmaßes nicht eintreten soll. Auch Genosse Landsberg wandte sich gegen den Vorschlag, den der Gegenstand enthält. Er erklärte die von diesem getroffene Regelung für nicht billig und bat ebenfalls um die Annahme des sozialdemokratischen Antrages. Dieser wurde alsdann mit 14 gegen 13 Stimmen angenommen. Herr Kahl stimmte mit der Linken, Frau Lüders (Demokrat) enthielt sich der Abstimmung.

Der Ausschuss trat dann in die Beratung der **Strafbemessungsgründe**

ein. Nach dem Gegenstand hat das Gericht bei Bemessung der Strafe hauptsächlich abzumägen, inwieweit die Tat auf einer gewissen Willensrichtung des Täters und inwieweit sie auf Umständen beruht, die dem Täter nicht zum Vorwurf gereichen. Es soll dabei berücksichtigen die Beweggründe und den Anreiz zur Tat, den Zweck, die Notwendigkeit des zur Tat angewandten Mittels und die angewandten Mittel, das Maß der Einsicht des Täters, sein Vorleben und seine Verhältnisse, die verschuldeten Folgen der Tat und das Verhalten des Täters nach der Tat.

Genosse Solmann begründete einen sozialdemokratischen Antrag, der es dem Richter nicht anheimstelle, sondern den Richter zwingen will, in allen Fällen zu prüfen, ob einzelne Strafmaßbemessungsgründe vorhanden seien. Außerdem will ein sozialdemokratischer Antrag statt des Wortes: „verwerflich“ das Wort: „verbrecherlich“ setzen. Genosse Solmann führte aus, daß eine Besserung des Verhältnisses zwischen Volk und Rechtsprechung unbedingt notwendig sei. Dazu werde beitragen, wenn die Richter durch Annahme des sozialdemokratischen Antrages gezwungen würden,

soziale Gesichtspunkte bei der Beurteilung der Tat mehr als bisher zu berücksichtigen.

Bleibe es bei der Formulierung „verwerfliche Gesinnung“, so sei die Gefahr eines Mißbrauches gegeben, denn dann gebe man sich auf

das Gebiet der allgemeinen Moral, die sehr verschieden definiert werden könne.

Es sei dringend zu wünschen, daß mit der Abstellung auf die verbrecherische Willensrichtung eine bessere Vorschrift eingeführt werde.

Ministerialdirektor Bumke erklärte sich mit den Aufstellungen, die in den sozialdemokratischen Abänderungsanträgen niedergelegt seien, durchaus einverstanden. Der sozialdemokratische Antrag könne jedoch leicht zu einer Schematisierung führen und deshalb könne die Regierung sich nicht für ihn aussprechen.

Genosse Saenger trat für den sozialdemokratischen Antrag ein; ebenso Abg. Lobe, wobei er der Auffassung derjenigen entgegenstand, die meinten, daß die Richter auch die Soll-Vorschriften immer sorgfältig beachten. Er erklärte, daß er auf Grund seiner Erfahrungen als Mitglied des Reichsgerichts das Zutrauen nicht haben könne, daß der Richter die Sollvorschriften beachte. Im Drange der Geschäfte und oft aus Bequemlichkeit und Nachlässigkeit werden Sollvorschriften einfach nicht beachtet.

Justizminister Koch wies darauf hin, daß die durch den sozialdemokratischen Antrag gegebenen Anregungen im Entwurfsgesetz, das neue Bestimmungen über den Strafprozeß bringen würde, gemündigt würden.

Bei der Abstimmung wurde der sozialdemokratische Antrag von allen bürgerlichen Parteien abgelehnt.

Der Ausschuss beschloß sich dann mit den Grundrissen für die **Bemessung der Geldstrafe.**

Genosse Saenger begründete einen sozialdemokratischen Zusatzantrag, der noch ausdrücklich ausgesprochen wissen wollte, daß bei der Bemessung einer Geldstrafe

auch die wirtschaftlichen Verhältnisse des Täters zu berücksichtigen

seien. Genosse Saenger hob hervor, daß ein reicher Mann, der noch dazu aus Geldsucht handle, ganz anders bestraft werden müsse wie ein Unbemittelter. Ueberhaupt dürfe ein Richter niemals einen Mann zu einer Geldstrafe verurteilt werden, die er nicht bezahlen kann.

Justizminister Koch erwiderte, daß er sich in voller Uebereinstimmung mit den Gesichtspunkten befinde, die Abg. Saenger hervorgehoben habe. Es sei aber nicht mehr erforderlich, dies ausdrücklich in das Gesetz hineinzuschreiben, da es schon in der Vorchrift des § 69 enthalten sei.

Nachdem dies als Meinung des ganzen Ausschusses festgestellt worden war, konnte der sozialdemokratische Antrag zurückgezogen werden. Nächste Sitzung Mittwoch.

Aus dem kommunistischen Regentessel.

Scheine 3rtularbriefe der Opposition.

Die kommunistische Partei ist von inneren Kämpfen zerfallen. Die Zentrale stellt die Thalheimer und Brandler als notwendige Subjekte hin, und die so Gebrauchtwerden bleiben ihr nichts schuldig.

Thalheimer gehörte neben Rosa Luxemburg zu den Gründern des Spartakusbundes, des Vorläufers der heutigen kommunistischen Partei. Er ist aus der Kriegszeit gewohnt, mit geheimen Zirkularbriefen zu arbeiten. Deshalb legt er sich auch jetzt mit der im kommunistischen Zentralkomitee herrschenden Unfähigkeit auf dem Wege solcher Briefschreiberei auseinander. In einem Rundschreiben, das mit der Frage beginnt: „Was wird gespielt?“, erklärt er den Parteimitgliedern, daß der kommunistischen Parteiführung das Wasser am Halse stehe und daß die enttäuschten und empörten Parteimitglieder im Begriffe seien, von der Führung Rechenschaft zu fordern, die „politisch und teilweise auch moralisch am Rande des Bankrotts“ stehe. Thalheimer spricht weiter von der „Dunkelkammer des ZK“, von „grobem Schwindel“, von „zwiespältigen, dunklen und lächerlichen Wandern, die vom ZK angewandt wurden“, von „bureaucratischer Mißwirtschaft“ und von der „Ausfaltung der Mitgliedschaft von der politischen Mitbestimmung“. Er beschuldigt der Zentrale weiterhin „bureaucratische Entartung“ und „charakterloses Ramelufentum“.

Der Zufall spielte uns dieser Tage ein weiteres Geheimrundschriftchen in die Hand, das die Lage in der kommunistischen Partei noch rücksichtloser beleuchtet als der Thalheimer-Brief. Aus ihm geht hervor, daß die Opposition sich trotz aller dalschweifischen Heftersmethoden der Thälmannier im ganzen Reich eine geheime Verbindung geschaffen hat und sich, da ihr die kommunistische Presse verschlossen ist, auf dem Wege des Briefdienstes zu verständigen sucht. Man erfährt aus dem Rundschreiben, daß das ZK über eine ganze Reihe von Bezirken den Belagerungszustand verhängt habe, daß es „ebenfalls demagogische wie verlogene Behauptungen“ aufstelle, daß seine öffentlichen Mitteilungen „ein einziger Schwindel“ seien, daß sich eine Reihe von Bezirksorganisationen gegen das ZK, aber für die Opposition ausgesprochen habe, daß die „gemeine Heftkampagne einer korumpierten Führerclique“ dazu benutzt wird, um „alle bewährten Funktionäre ihres Postens zu entheben“.

Die Führer der SPD sind sämtlich überzeugt, daß sie alle miteinander korumpiert und politisch verfaulen sind. Desto lauter schreien sie gegen die Sozialdemokratie, und diese Tätigkeit ist die einzige, in der sie ausnahmsweise einig sind!

Thüringen hat eine Regierung.

Demokratischer Minister von Dinters Gnaden.

Weimar, 6. November. (Eigenbericht.)

In der Landtagsitzung am Dienstag wurde die von dem Volksparteiler Bauer vorgelegte Ministerliste, die sich mit dem bisherigen Ministerium bis auf den Justizminister Deutscher deckt, mit 28 Stimmen der Rechten und Dinters angenommen. Dagegen stimmten bei vollbesetztem Hause 27 Sozialdemokraten, Kommunisten und der einzige nationalsozialistische Abgeordnete; der Sporer enthielt sich der Stimme. Die Regierung hat also eine Mehrheit von einer Stimme erhalten. Die Regierung besteht aus folgenden Ministern: Dr. Bauffen, Minister für Volksbildung und Wirtschaft; Dr. Kiedel-Jena, Minister für Justiz und Inneres; Toelle, Finanzen.

Deutsche Reichsangehörigkeit.

Ein Entwurf über eine Abänderung des Staatsangehörigkeitsgesetzes von 1913, entsprechend wiederholt zum Ausdruck gebrachten Wünschen des Reichstages, ist wie der „Soz. Vorkandidat“ hört, fertiggestellt. Die Beratungen mit den Ländern werden demnächst zum Abschluß gelangen. Mit den Ländern soll eine Einigung darüber erzielt werden, an Stelle der Staatsangehörigkeit die deutsche Reichsangehörigkeit zu setzen. Ferner soll eine deutsche Frau, die durch Heirat Ausländerin wird, ihrer deutschen Reichsangehörigkeit nicht verlustig gehen.

Sitzung der Volkspartei. Die Fraktionen der Deutschen Volkspartei aus dem Reichstag und aus dem preussischen Landtag trafen gestern nachmittag um 3 Uhr zu einer gemeinsamen Sitzung im Reichstagsgebäude zusammen. In der Sitzung erließen der Reichstagsminister Dr. Stresemann und wurde mit lebhaftem Beifall empfangen. In der Aussprache wurden die bedeutendsten schwebenden Fragen, die Ruhrsperrung, die Koalitionsfragen, Schulfrage ufm. behandelt.

Folgenschwerer Wohnungsbrand.

Sieben Rauchvergiftete. — Rettung aus Lebensgefahr.

Im Quergebäude des Hauses Cantowstr. 5 im Südwesten Berlins entstand gestern Abend ein folgenschwerer Großfeuer. Der Brand war in einem Lagerkeller ausgebrochen und nach wenigen Minuten auf eine Parterrewohnung übergesprungen. Die Treppenhäuser des Quergebäudes und des linken Seitenflügels, sowie die auf beiden Ausgängen liegenden Wohnungen waren in kurzer Zeit derart verqualmt und mit Rauchgasen angefüllt, daß die Feuerwehr, die mit einem großen Aufgebot vor Stelle war, Mühe hatte, eine Panik zu verhindern. Fünf Hausbewohner, darunter zwei Kinder, wurden bewußlos aus den Wohnungen geholt. Zwei Feuerwehrleute erlitten bei dem schwierigen Rettungswerk schwere Rauchvergiftungen und mußten ins Krankenhaus gebracht werden.

In dem geräumigen Lagerkeller eines Obsthändlers, der sich in einem Winkel vom Quergebäude zum linken Seitenflügel erstreckt, war gegen 1/8 Uhr aus noch völlig ungeklärter Ursache Feuer entstanden. Die Flammen fanden an Kisten, Stöcken und den verschlagenen reiche Nahrung, so daß, als das Feuer von Hausbewohnern bemerkt wurde, bereits ein umfangreicher Teil des Kellers (Küchenschrank) brannte. Als die Feuerwehr nach knapp fünf Minuten an der Brandstelle eintraf, war der Hof schon so stark verqualmt, daß die Feuerwehrleute kaum die Hand vor Augen sehen konnten. Aus den Kellerfenstern schlugen meterhohe Flammengarben hervor. Der Mieter des Quergebäudes und Seitenflügels, das von 26 Parteien bewohnt wird, bemächtigte sich eine begriffliche Erregung. Die Treppen waren völlig verqualmt. Allen Hausbewohnern war der Rückzug abgeschnitten.

Die Situation nahm sehr bedrohliche Formen an.

Die Rauchmassen waren in Wohnungen eingedrungen. Zahlreiche Mieter gerieten ernstlich in Lebensgefahr. Den Leuten wurde von der Feuerwehr zugerufen, sich nicht zu Unbesonnenheiten hinreißen zu lassen, alle würden bald in Sicherheit gebracht werden. Anzweifelbar waren mehrere Trupps Feuerwehrleute, die mit Rauchmasken ausgerüstet wurden, über die total verqualmten Treppenhäuser nach oben vorgedrungen. Alles Augenmerk mußte natürlich darauf gerichtet werden, die gefährdeten Menschen zu retten. Zwei Frauen und ein Mann wurden bereits bewußlos in der Küche ihrer Wohnungen vorgefunden. Da wurde bekannt, daß sich im dritten Stockwerk in der Wohnung der abwesenden Eltern noch zwei kleine Kinder befanden. Baurat Dr. Rolke und Oberfeuerwehrmann Knobloch eilten, nur durch Gasmasken geschützt, nach oben. Sie schlugen die Tür ein und entdedten die beiden Kinder, die in der verqualmten Küche bewußlos auf dem Boden lagen. Nach kurzer Zeit erschienen Dr. Rolke und Knobloch auf dem letzten Treppensodest mit den Kindern im Arm.

Plötzlich brachen auch die tapieren Lebensretter bewußlos zusammen.

Die für derartige Zwecke ungenügenden Gasmasken hatten die Rauchgase nicht abhalten können und bei beiden eine schwere Rauchvergiftung hervorgerufen. Zusammen mit den übrigen Rauchvergifteten wurden die Beamten sofort ins Krankenhaus übergeführt. Auch die übrigen Mieter wurden aus ihren Wohnungen herausgeholt, nachdem sämtliche Treppen- und Bodenfenster eingeschlagen waren, um dem Rauch Abzug zu verschaffen. Außer den Rauchvergifteten wurden insgesamt 24 Personen ins Freie geschafft. Verschiedene Wohnungen, in denen die Mieter abwesend waren, mußten gewaltsam erbrochen werden, da man nicht wußte, ob sich in den Räumen noch Menschen befinden würden.

Von den Löschmannschaften waren in der Zwischenzeit zehn Schlauchleitungen angelegt worden, da das Feuer an Um-

fang genommen hatte und auf eine Parterrewohnung übergesprungen war. Die Decke über dem Hauptbrandherd brach plötzlich zusammen und die Flammen setzten sofort das Mobiliar in Brand. Zwei Stuben und die angrenzende Küche bildeten bald nur noch ein einziges Feuermeer; die Räume brannten völlig aus. Ein Teil der Möbel stürzte brennend in die Tiefe. Fortgesetzt ergossen sich gewaltige Wassermengen in die Stütze der Keller-

Zwei Groß-Berliner Städtebauprojekte.

Am Wannsee und am Alexanderplatz.

Die Großgemeinde Berlin ist bemüht, Unterlassungsfünden gut zu machen, durch die in früheren Jahrzehnten die Entwicklung der Stadt aufgehalten und städtebauliche Fortschritte verhindert worden sind. Ueber zwei große Projekte, von deren Ausführung Erleichterungen des Verkehrs in der Innenstadt und Verbesserungen einer Erholungsstätte in einem Außenbezirk erwartet werden, äußerte sich gestern Stadtbaurat Dr. Wagner.

Der Wannsee ein Mittelpunkt des Wassersports

Der Wannsee, der den älteren Berlinern noch als „weit draußen“ legendär galt, gehört heute zu Berlin. Er liegt nicht nur innerhalb der jetzigen Reichslandgrenze unserer Großgemeinde Berlin, sondern ist mehr und mehr auch zu einer der meistbesuchten Erholungsstätten der Berliner Bevölkerung geworden. Als vor einer nun schon ziemlich langen Reihe von Jahren am Wannsee das Freibad als ein zunächst „wildes“ Gewächs entstand, ahnte wohl niemand, welche Entwicklung einmal diese Stätte der Körperpflege und des Schwimmsports nehmen würde. Heute ist das Freibad Wannsee an schönen Sommermorgen das Ziel von Tausenden. Die Notwendigkeit, solche Besuchermassen unterzubringen, zwingt bereits zu einer neuen Erweiterung des Badegeländes. Der Wannsee ist aber auf eine bedeutende Stätte des Wassersports, und auch für diesen wird an der ständigen Verbesserung gedacht. Stadtbaurat Dr. Wagner wies gestern in einer Besprechung mit Vertretern der Presse darauf hin, daß die Aufgabe, die Umgehung des Wannsees und anderer Teile der Havel für die Bevölkerung zu sichern, gelöst werden muß, ehe es dazu zu spät ist. Diese Stätten der Erholung müssen daher bewahrt werden, Verfall und Rechtsbereich privater Eigentümer zu vermeiden.

Die Erweiterung des Freibades Wannsee ist glücklicherweise dadurch erleichtert, daß die Stadt dort eigenen Grundbesitz hat. Das Badegelände soll bis in die Nachbarschaft des Wallenrutes der Charlottenburger Industrie- und Wasserwerke H. B. ausgedehnt werden. Auch werden die Bauten des Freibades, die Ausleideräume, die Restaurationsräume usw. nach und nach erneuert und noch zweckmäßiger gestaltet. Die Ausführung dieser Pläne ist eine Arbeit der nächsten Zeit und zum Teil ist sie bereits im Gange. In weiterer Ferne liegt der andere Plan, im Wannsee zwei Bootshafen zu schaffen, die von dem durchgehenden Schiffsverkehr möglichst weit entfernt sein werden. Der eine soll für Segelboote in der östlichen Ecke des Sees nicht weit von den Wasserwerken angelegt werden. Für den anderen, der

räume, in denen die bis zur Erschöpfung arbeitenden Feuerwehrleute in ihren Rauchschutzhelmen nur Schritt für Schritt vordringen konnten. Erst gegen 9 Uhr abends, nachdem eine Ablösung der übermüdeten Feuerwehrmänner im Keller vorgenommen war, konnte die Gewalt des Brandes soweit gebrochen werden, daß die starke Rauchentwicklung nachließ und die schlimmste Gefahr beseitigt war. Kurz nach 9 Uhr konnten dann mehrere Züge abbrechen. Die Aufräumungs- und Ablösungsarbeiten dagegen nehmen ein großes Aufgebot von Feuerwehrleuten noch bis in die Nachtstunden hinein in Anspruch.

Das Befinden der an Rauchvergiftung schwer erkrankten Feuerwehrbeamten Dr. Rolke und Knobloch besserte sich im Urban-Krankenhaus, doch dauerte es geraume Zeit, bis sie das Bewußtsein völlig wiedererlangt hatten.

die Ruder- und Motorboote aufnehmen soll, ist die südliche Ecke des Sees in der Nähe des Bahnhofs Wannsee auszuweisen. Einen Uferweg zwischen beiden Hafenanlagen, ist nicht möglich, weil die Grundstücke im Privatbesitz sind. Es soll aber durch den See ein langer Steg gebaut werden, der parallel dem Ufer läuft und beide Hafenanlagen miteinander verbindet. Ueber diesen Plan sind noch Verhandlungen mit der staatlichen Wasserbauverwaltung zu führen.

Ordnung auf dem Alexanderplatz.

Den Alexanderplatz haben schon seit vielen Jahrzehnten die Verkehrsminister als eine Unmöglichkeit empfunden. Seine sinnlose Gestaltung erklärt sich daraus, daß er auf früheren Befestigungswerken entstanden ist. Der Platzlauf ihrer Wälle und Gräben beeinflusste die Baufluchtlinien des Platzes und der ihn überquerenden Alexanderstraße sehr ungünstig. Jetzt wird eine vollständige Umgestaltung des Platzes geplant, die endlich Ordnung auf ihm schaffen soll. Man will dem Platz die Gestalt einer Kreisfläche geben, die an der Stadtbahn abgeplattet ist. Es würde dann der Verkehr um eine in der Platzmitte liegende kreisrunde Rasenfläche herumgeführt werden können. Die Fahrbahn soll zunächst 12 Meter breit werden, sie könnte aber durch Hinzunahme eines Streifens der Rasenfläche, die einen Durchmesser von 100 Meter haben wird, bei Bedarf verbreitert werden. Die den Platz umgebenden Gebäude mit Ausnahme des Polizeipräsidiums und des Warenhauses Tieg sollen diesem Plan sämtlich zum Opfer fallen. Dafür soll um den Platz herum eine einheitliche Häuserreihe von etwa sieben bis neun Stockwerken errichtet werden, die eine geschlossene Platzwandung bildet. Die Straße Via Königsgraben, die Potsdamer Straße und die Neue Königsstraße wären zu überbauen, so daß diese Verkehrswege durch die Platzwandung mit hohen Einfahrtstoren in Straßengröße hindurchgeführt werden könnten. Auf dem der Stadtbahn benachbarten Teil des Alexanderplatzes soll die Einmündung der Königsstraße an den Ecken der Dirlsenstraße durch beiderseitige Hochbauten von etwa 15 Stockwerken betont werden. Diese Grundstücke gehören der Stadt.

Einstweilen handelt es sich bei diesem Plan um einen Entwurf, den Stadtbaurat Dr. Wagner gestern den Vertretern der Presse vorlegte und erläuterte. Die städtischen Körperschaften haben zu der baulichen Neugestaltung noch nicht Stellung genommen. Die Abänderung der Baufluchtlinien ist von der Siedlungsdeputation und vom Magistrat bereits genehmigt worden und die Stadtverordnetenversammlung wird um ihre Zustimmung ersucht.

21] Soldat Suhren.

Roman von Georg von der Brinck.

Copyright 1927 by J. M. Späth Verlag, Berlin.

Kennen Sie Böcklin?

Regentage kommen.

Wir liegen auf unseren Drahtbetten. Birke duftet, und kühle Regennacht streicht in die Kalematten. Die Graupensuppe ist gegessen, und die meisten schlafen. Hahn verzehrt ein großes Stück ostfriesisches Schinken als Nachtisch, er bekommt fast täglich Lebensmittelpakete, deren Kartons durchgefettet sind — wohl ihm! Leider gibt er nicht das geringste her.

„Ich interessiere mich brennend für Kunst“, versichert eine leise Stimme von links. Es ist Meyer, der Soldat, wie er im Buche steht. Solche Soldaten haben — schwupps! — die Gefreitenstöpsel weg und verdienen es. Aber, mein Gott — jetzt interessiert er sich für Kunst! Dann kann man nichts machen.

Er will Leutnant werden, wünscht sich einen größeren Aktionsradius. Er ist sozusagen seiner Behörde schuldig, Leutnant zu werden, als höherer Zollbeamter. Ich denke dabei an Labakpakete, die er verzollen muß, oder an Frauen, die unter ihren Röcken Seidenstoffe über die Grenze schmuggeln und in ihren Achselhöhlen Goldfischgräten. Da muß er freilich ein Leutnant sein, auf daß die Damen auch mit ihm verkehren können. Auch die Damen interessieren sich oft für Kunst, ich weiß es.

„Kennen Sie Böcklin?“ — so sagen die Damen zu einem, lächeln, als hätten sie Pfefferminzplätzchen auf der Zunge, und denken — na, was Damen bei dieser Frage denken.

Kennen Sie Böcklin?“

Aber es ist keine Dame, die dies fragt, es ist der Meyer. Er wartet nicht auf meine Antwort, sondern verbreitet sich über die enorme Konzentrationskraft Böcklinscher Träume. Ich weiß nicht, ob die Damen es ebenso machen. Ich will auch nicht darüber reden. Nur, daß ich immer höflich sitzen blieb, wenn sie sprachen, und ihnen warm und mitfühlend in die staubenden Augen sah. Dem Meyer aber will ich entgegen. Höflich bin ich nur gegen Kameraden, aber dieser Zolljüngling mit den aufknäueligen Achselstücken unter seinen Ohrmuscheln, der ist mir auf.

Ich schließe die Augen und atme ruhig die süße Regennacht. Es ist dunkel, von der Tür her scheint ein wenig Tageslicht, das frösteln macht.

Der Meyer denkt wohl, ich höre zu. Er flüstert, daß er auch malt. Er hat ein Selbstbild angefertigt: unten ist eine Landschaft, sozusagen eine ideale Landschaft, über diese und durch das ganze Bild spannt sich ein Regenbogen, mitten auf dem Regenbogen aber steht eine Frauengestalt in violetter fliegenden Gewande. Das Bild heißt: „Die Welt“.

Bei solchen Visionen kann niemand schlafen. Hahn kann es allerdings, ich höre seine ruhigen Atemzüge. Sein heller Schnurrbart glänzt im Halbdunkel wie ein ostfriesischer Kamei.

Aber wie kommt es nur? Hat er nicht über Kunst gesprochen?

„Die Kunst ist etwas Wunderbares“, sagt Feldwebel Bloiboom.

Aber er spricht ja gar nicht mehr von Kunst! Er spricht von einer Schülerverbindung, der er angehört; seine vor dem salbungsvollen Stimme wird plötzlich abgehackt und klingt wie das Klirren von Rapiere. Ich stöhne. Plötzlich zischt eine wütende Stimme aus dem Dunkel: „halt die Schnauze — sonst fliegt was!“

So schweigt Meyer, und Ruhe tritt ein. Da er aber nicht schlafen mag, steigt er vom Bett und setzt sich in die helle Türöffnung. Dort sehe ich seinen geschorenen Sträflingskopf in ein Buch geneigt.

Sein Bild „Die Welt“ wird sicher gut in jenes Zollstübchen passen, wo er den Damen die goldenen Korsettstangen aus dem Busen ziehen muß. Der Regenbogen darauf ist der Weg über die Grenze — und so flattern die violetten Damen ohne Korsettstangen eilig in die ideale Landschaft hinunter, höchstens noch den Ausruf zurücklassend: „Kennen Sie Böcklin, Herr Zollinspektor?“

Unteroffizier Tielbürger läßt zum Dienst antreten. Wir marschieren, da immer noch Regen fällt, in die leere Kalematte unter Bastion IV. Meine Augen sind in den Lustschicht gerichtet, den der Eisenbalg hinaufklettert ist. Er geht dicht über mir in die Höhe, aber keine Blutbahn ist darin zu entdecken. Vor mir, in der anderen Reihe, sehe ich den Kunstfreund Meyer. Jene Reihe hat ihre Front zu der untrigen gefehrt, und zwischen beiden steht Tielbürger und gibt mit starker Stimme Kommandos ab. Sie halten

greulich von den leeren Bänden zurück, sind kaum zu verstehen, denn der Wiberball durchschlägt sich hundertmal. Wir machen mechanisch die befohlenen Griffe, hauptsächlich Gewehr — über, Gewehr — ab, und starren dabei steif geradeaus auf das Gewehrloch des Gegenüberstehenden, ich auf Meyers.

„Gewehr — über!“

Das geht zackig. Der Meyer ist ein Vorbild. Er faßt den Kolben mit eiserner Hand, macht eine tadellose Pause und schnell auf „über“ die Hand blitzartig an die Hosennaht. Seine kernigen Beine bilden eine sanfte Schwingung nach außen, ähnlich wie die Seitenlinien seines geschorenen Kopfes. Die Zähne liegen aufeinander. Die Augen blicken stier wie beim Rain, dem das Bewußtsein dämmert, daß er seinen Bruder erschlagen hat. Wenigstens hat ihn Corinth so gemalt.

„Gewehr — über!“ Ein Klirren:

„Eins, zwei, drei und — vier!“

Kennen Sie Corinth, Fräulein?

„Eins, zwei, drei und — vier!“

Kennen Sie Meyer, Corinth?

„Eins, zwei, drei und — vier!“

Kennen Sie Corinth, Böcklin?

„Eins, zwei, drei und — vier!“

Kennen Sie die Dame, Meyer?

„Eins, zwei, drei und — vier!“

Kennen Sie Meyer, Hindenburg?

„Eins, zwei, drei und — vier!“

Kennen Sie Hindenburg, Rembrandt?

„Eins, zwei, drei und — vier!“

Kennen Sie Dürer, Deutschland?

„Eins, zwei, drei und — vier!“

Kennen Sie Deutschland, Frankreich?

„Eins, zwei, drei und — vier!“

Kennen Sie Frankreich, Deutschland?

„Eins, zwei, drei und — vier!“

Meyer kennt das Gewehr. Das Gewehr ist seine Braut. Und wie er mit ihr umgeht! Schneidig! Meyer ist der Mann, der alles kennt. Er kennt Corinth und Böcklin, Hindenburg und Rembrandt, Frankreich und Deutschland. Meyer ist im Bilde, die Dame ist entzückt. Die Dame ist seine Braut, er faßt sie mit eisernen Händen und macht ihr Gewehr — über.

„Eins, zwei, drei und — vier!“

(Fortsetzung folgt.)

In Friedrichshafen gelandet. Glatte Heimfahrt des Zeppelin.

Nachdem „Graf Zeppelin“ auf der Heimfahrt von Berlin nach um 1.30 Uhr im Passiert hatte, trat er gegen 3 Uhr nachmittags wieder über Friedrichshafen ein und landete nach einer längeren Schiffsahrt über dem Bodensee glatt um 3.28 Uhr. Bei schönem sonnigen Herbstwetter war das Schiff dann bald wieder in der Halle geborgen.

Ueber das weitere Fahrprogramm des „Zeppelin“ wird naturgemäß erst nach der Rückkehr Dr. Eckners nach Friedrichshafen entschieden werden. Bekanntlich ist vorläufig eine ganze Reihe kürzerer Versuchsfahrten unter Teilnahme von Vertretern des Reichsverkehrsministeriums und der Deutschen Versuchsanstalt für Luftfahrt vorgesehen, die mit der beabsichtigten Umwandlung der vorläufigen Zulassung des Luftschiffes in eine endgültige im Zusammenhang stehen. Es ist kaum damit zu rechnen, daß hinsichtlich des Brennstoffes, das sich namentlich bei den Atlantiküberquerungen in jeder Weise bewährt hat, irgendwelche ernstlichen Bedenken geltend gemacht werden.

Der Racheakt des Schießmeisters. Die zwei Dynamitkugeln in Armen.

Wie nunmehr einwandfrei festgestellt, sind die beiden gestern gemeldeten Explosionen als Racheakt des Schießmeisters Meischow anzusehen, der seit längerer Zeit mit seiner Frau in Anstalten lebte. Er hatte beschlossen, seine Wohnung und sein Geschäftskontor in die Luft zu sprengen. Er brachte von seiner Arbeitsstelle im Hause der letzten Wochen regelmäßig kleine Mengen Dynamit mit nach Hause, bis er genötigt zusammen hatte, darauf er gestern früh die Lot verübte. Das Haus in der Oberdörner Straße ist fast vollkommen zusammengefallen, während das Schloss Ober- und Hochstraße, wo das Geschäftskontor liegt, sehr schwer beschädigt wurde. Es muß als ein Wunder bezeichnet werden, daß bei diesen Explosionen nur vier Personen verletzt wurden; allerdings steht noch nicht fest, ob sich unter den Trümmern noch Verunglückte befinden.

Meischow ist nicht, wie zuerst angenommen wurde, gestrichelt, sondern bei Ausführung seines furchtbaren Racheaktes zu Tode gekommen. Er wurde bei den Aufräumarbeiten in dem zerstörten Wohnhaus Oberdörner Str. 1a gestern mittag als Leiche geborgen.

Sizilien vor einer Vulkankatastrophe. Schreckensnachrichten aus dem Aetnagebiet.

In den letzten Tagen kamen beunruhigende Nachrichten von Ausbrüchen des Aetna, die aber durch weitere Mitteilungen abgemildert wurden, daß keine Gefahr bestehe. Die letzten Nachrichten lauteten jedoch bedrohlich. Die Ministerratssitzung wurde Dienstag normittag abgebrochen, damit der Arbeitsminister Sturiani Gelegenheit hat, sofort nach Sizilien abzureisen, um dem durch den Ausbruch des Aetna verursachten Schaden persönlich in Augenschein zu nehmen und alle Maßnahmen für die Bevölkerung anzuordnen. — In der Tat treffen vom Aetnabereich stündlich schlimmere Nachrichten ein. Einige Dörfer mühten sich nunmehr ganz geräumt zu werden. Der Ausbruch nimmt dauernd zu und mitunter der Bevölkerung große Sorgen hervor. Der neue Auswurfstrichter befindet sich in einer Höhe von 2000 Metern. Am Abhang des Berges hat sich eine gewaltige Spalte geöffnet, aus der in großen Massen glühende Lava fließt. In der ganzen Provinz Catania werden die Lastwagen requiriert zum Abtransport der Bevölkerung und ihrer Habe. Durch die Lava ist jetzt auch die Rundbahn um den Aetna gefährdet; somit die Provinzstraße Neblunio-Rinjola. Die Schnelligkeit des Lavaströmes hat sich verdoppelt. Sie bedroht jetzt auch die Orte Tertosi, Rardelli und Pietruccelli.

Republikanische Feierstunde in Treptow.

Die Arbeiter, Angestellten und Beamten des Bezirksamtes Treptow haben am Sonntag in einer ausgezeichneten Feierstunde ihr Freizeitspiel zur Republik bekräftigt. Unter dem Motto „Zehn Jahre Republik“ haben sie eine Veranstaltung durchgeführt, die bewies, daß der Verwaltungsapparat des Bezirkes Treptow zum überwiegenden Teile mit Männern besetzt ist, die freudig und zielbewußt an ihrer Stelle für den republikanischen Aufbau arbeiten. Der große, reich mit Blumen und Blumen ausgeschmückte Sitzungssaal des Rathauses war lange vor Beginn der Veranstaltung überfüllt, bis in den Vorraum hinein standen die Teilnehmer. Mit dem Intermezzo aus dem Quartett op. 13 von Mendelssohn, von Mitgliedern der Staatlichen Hochschule für Musik meisterlich gespielt, begann die würdige Feierstunde. Der Männerchor „Harmonia“ wiederholte, sang unter ihrem Dirigenten Griebel das Orchesterlied von Bachmann. Dann stand Bürgermeister Grunow am lehrreich geschmückten Podium. Vom Zusammenbruch der Kaiserkrone und von der opferwilligen Arbeit der Vaterlandskämpfer, die aus einem Chaos die deutsche Republik gegliedert haben, sprach er. Zehn Jahre Republik haben auch unsern ärgsten Gegner die Erkenntnis gebracht, daß Deutsch-

Reichsbahnprozeß vor dem Einzelrichter.

Reichsbahnoberrat Schulze auf der Anklagebank.

Der mit Spannung erwartete sogenannte Reichsbahnprozeß, der dem Reichsbahnoberrat Erich Schulze einfache Bestechung zur Last legt, begann Dienstag früh vor dem Amtsgericht Berlin-Mitte. Der große Schwurgerichtssaal, in dem dieser Reisesprozeß zur Verhandlung gelangt, hat ein eigenartiges Bild. An dem Richtertisch, an dem sonst drei Richter und sechs Geschworene Platz haben, saß einsam der Einzelrichter, nur mit einem Gerichtsschreiber als Protokollführer zur Seite.

Der einsame Richter.

Vor Eintritt in die Verhandlung kam Amtsgerichtsrat Wolff darauf zu sprechen, daß in der Presse dem Bestreben Ausdruck gegeben worden sei, daß ein Prozeß wie der vorliegende in Anbetracht der höchst wichtigen Belange der Reichsbahn und daher auch der Allgemeinheit vor dem Einzelrichter und nicht vor dem Schöffengericht zur Aburteilung gelange. „Nach den heutigen strafprozessualen Bestimmungen ist für diesen Prozeß aber die ausschließliche Zuständigkeit des Einzelrichters gegeben.“

In dem Eröffnungsbeschlusse, der jetzt verlesen wurde, heißt es unter anderem: Reichsbahnoberrat Erich Schulze wird angeklagt, in Berlin in den Jahren 1923 bis 1928 fortgesetzt handelnd als Beamter für in sein Amt einschlagende, an sich nicht pflichtmäßige Handlungen Geschenke oder andere Vorteile angenommen zu haben. Diese Anklage stützt sich auf die Verbindung des Angeklagten mit der Firma Reiser u. Co. in Köln, um nach seinen Versuchen und Erfindungen durch diese Firma armierte Lagerbehälter für Gütermotoren in verbesserter Form für die Zwecke der Reichsbahn herzustellen und zu liefern. Schulze hatte mit der Kölner Firma 1927, nachdem keine Verträge mit einem brauchbaren Ergebnis geführt hatten, einen Vertrag geschlossen, durch den ihm Lizenzgebühren zugesichert worden waren. Er hat dann auch erhebliche Beträge aus diesem Vertrage erhalten. Hieraus wird dem Angeklagten jedoch von der Anklage kein Vorwurf gemacht. Des strafbare Verschulden soll darin liegen, daß Schulze sich während der Dauer seiner Verträge ständig von dem Berliner Vertreter der Kölner Firma Geschenke und die verschiedenartigsten Zuwendungen machen ließ. Es war dem Zeugen darauf angefallen, durch diese Zuwendungen Schulze bei seinen Versuchen in Stimmung zu halten, wie er in der Voruntersuchung ausgesagt hat.

„Keine Geschenke.“

Auf Ersuchen des Richters schildert der Angeklagte sein Verhältnis zu Kalzner, dem Berliner Generalvertreter der Firma Reiser u. Co. in Köln. Der Verkehr, so berichtet Schulze, setzte Mitte 1923 ein. Kalzner war regelmäßig unser Gast. Er ging als

Freund im Hause ein und aus. Wir haben uns gegenseitig beschenkt. Amtsgerichtsrat Wolff: Der Hauptgegenstand der Anklage gegen Sie betrifft nun die Annahme von Geschenken durch den Zeugen Kalzner. Sie sollen direkte Geschenke, Darlehen und Anschaffungen für den Haushalt gewesen sein, die Kalzner für Sie gemacht hat. Hat Kalzner Ihnen Geschenke gemacht? Angekl.: Jawohl. Weihnachten 1924 hat Kalzner mir ein Buch geschenkt. Es kostete 28 Mk. Wie ich später erfuhr, schrieb er seiner Firma dafür 200 Mk. auf. Gegen meinen Willen hat er meiner Frau einen Staubsauger gekauft und Weihnachten 1923 zwei Fahrräder. Es kam weiter zur Sprache, daß Kalzner die Familie Schulze zu zwei Badereisen nach Meßmering eingeladen, daß er Möbelstücke für die Familie Schulze angeschafft und einen Betrag von 2000 Mk. für den Bau eines Wochenendhauses geleistet hatte. Der Angeklagte erklärte, als er seine ganzen Erfindungsgedanken der Firma Reiser zu treuen Händen gegeben habe und keine Entschädigung erhalten konnte, habe Kalzner dann immer gesagt: „Erlauben Sie mir, daß ich zu Kosten Ihrer Lizenzgebühren die Zahlungen übernehme.“ Auf diese Weise habe er die ganzen Arbeiten in Höhe von etwa 1700 Mark bezahlt. Immer sagte Kalzner, er lege die Lizenzgebühren nur vor. Wolff: Das bestreitet Kalzner aber entschieden. Rechtsanwalt Dr. Frey: Er hat aber ausdrücklich gesagt, seine Zahlungen an Schulze und Wolff waren reine Lizenzgebühren. Dieses Strafverfahren ist ja dadurch in Fahrt gekommen, daß Kalzner seine Firma um 97 000 Mk. gebracht habe und daß nun der Verdacht auftaucht, die Summe sei zur Bestechung des Reichsbahnoberrats Schulze verwendet worden. Staatsanwaltschaftsrat Herrmanns: Dieser Höchstbetrag von 97 000 Mk. hat mit der gegenwärtigen Anklage nichts zu tun. Wolff: Ob Sie Unfrische halten, bezahlte Kalzner z. B. 1000 Mk. für Renovierungsarbeiten. Angekl.: Ich hatte nie die Absicht, die Möbel zu kaufen, habe dann aber das Geld an Kalzner zurückgezahlt. Wolff: Das ist auch die einzige Rückzahlung, die Sie gemacht haben. Der Angeklagte gab weiterhin zu, daß ihm Kalzner bei den Einkäufen zur Amerikareise 1000 Mk. in die Hand gedrückt habe. Wolff: Wie ist das mit den Patentgebühren gewesen, die Kalzner für Sie bezahlt hat? Angekl.: Ich baute ihm die Idee gegeben und er hat das Patent ausgearbeitet und auf seinen Namen angemeldet. Dann konnte die Angelegenheit mit den Lagerhäusern zur Sprache. Staatsanwalt Herrmanns: Herr Reichsbahnoberrat Schulze hätte, wenn die Lagerhäuser zur Ausführung gelangten, mit einem Verlust von eminenter Bedeutung rechnen können. Es handelte sich bei der Konstruktion künstlicher Gütermotoren um etwa 2 1/2 Millionen Reichsmark. Als ein enormes Geschäft. Die Anklage nimmt an, daß der Angeklagte auch einen gewissen Einfluß auf die Aufträge für Lagerhäuser gehabt habe.

land offen durch die Aufbauarbeit beherrschter Republikaner politisch und wirtschaftlich gesundete konnte. Mit der Unterstützung, der Republik weiter die Treue zu halten, ist die Bürgermeister Grunow unter ständischer Beihilfe mit einem begeisterten aufgenommenen Hoch auf die Republik. Vorträge des Quartetts der Hochschule für Musik und Gesangsverbände schlossen das Programm der einbeindrucksvollen Feier ab.

Die Braut war die Mörderin! Aufklärung des Falles Koch in Magdeburg.

Magdeburg, 6. November.

Der Fall des Reichsmehrunteroffiziers Koch kann jetzt als aufgefärlt gelten. Seine Braut, Kuni Koch, hat nach vierstündiger Vernehmung durch den Untersuchungsrichter ein Geständnis abgelegt. Sie will die Missetat gehabt haben, aus dem Leben zu scheiden, vor der Ausführung dieser Missetat aber auf den Einfall gekommen sein, ihren Verlobten mit ins Jenseits zu nehmen. Sie hat den Unteroffizier Koch erschossen und war dann in die Erde gegangen, um sich selbst das Leben zu nehmen. Hieron wurde sie bekanntlich von Passanten gehindert.

Stroßenbahnlinie 6 „Südring“ ab 15. November.

Die schon vor längerer Zeit angekündigte Ringlinie 6 der Stroßenbahn wird nunmehr am 15. November in Betrieb genommen werden, nachdem das noch zu bauende Verbindungsstück für die Ringlinie fertiggestellt ist. Am selben Tage werden die Linien 11 und 22, deren Fahrpläne die Linie 6 übernimmt, aus dem Verkehr gezogen. Die Linie 6 führt vom Warburgplatz über Tempelhofer-Brick-Bahnhof, Neukölln-Treptow, Meranderplatz, Sietliner Bahnhof-Turm, Ede-Beckstraße, Wilhelmplatz, Bahnhof Zoo bis Warburgplatz. Der erste Wagen verläßt ab Warburgplatz in Richtung Brick-Bochentags ab 4.40, Sonntags 5.21 Uhr; in umgekehrter Richtung ab Beusselstraße Bochentags 3.08, Sonn-

tags 3.49 Uhr. — Ebenfalls ab 15. November wird die Linie 63, die bisher vom Brick (Rathaus) über Neukölln-Berliner Straße-Börlicher Bahnhof-Schlesischer Bahnhof-Waldenles-Anthonplatz-Schönhauser Meer bis Sietliner Bahnhof fuhr, über diesen hinaus bis zur Hofmannstraße verlängert.

Republikfeier des Reichsbanners.

„10 Jahre Deutsche Republik“ nennt sich die Gedenkfeier, die das Berliner Reichsbanner am kommenden Donnerstag, 8. November, abends 8 Uhr, auf dem Gendarmenmarkt veranstaltet und an der teilzunehmen auch die republikanischen Parteien auffordern.

Die Kundgebung wird durch gemeinsames Spiel der Musikkorps des Reichsbanners eröffnet, worauf für die Sozialdemokratische Partei Reichstagsabgeordneter Genosse Franz Rauscher, für die Zentrumspartei Rektor Kellermann und für die Demokraten Reichstagsabgeordneter Georg Bernhard sprechen werden. Die Schauspieler Albert Florath und H. Witte vom Staatstheater sprechen Gedichte, die die Erinnerung an die Tage vor 10 Jahren wecken. Alle Reden und Vorträge werden durch Lautsprecher übertragen. Mit dem gemeinsamen Gesang des Bundesliedes schließt die Feier. Der Admarck der Säue nach den einzelnen Stadiellen erfolgt mit Musik und Haken.

Wegen der Kundgebung auf dem Gendarmenmarkt am 8. November, 20 Uhr, muß der Vortrag von Herrn Professor Hohmann in der öffentlichen Werbeversammlung des Ortsvereins Tiergarten ausfallen. Alle passiven Mitglieder und Bestimmungsfreunde des Reichsbanners Tiergarten werden gebeten, sich an der Veranstaltung auf dem Gendarmenmarkt zu beteiligen.

Bund einschleudener Schulreformer. Große öffentliche Kundgebung am Donnerstag, dem 8. November, im Lehrerversammlungshaus am Alexanderplatz. Zehn Reden republikanische Kulturpolitik, eine Bilanz Redner: Gertrud Bäumer, WDR; Johannes Teus; Fleischer, WDR; Alwin Saenger, WDR; Prof. Paul Ostreich.



**DEUTSCHE
KRAFTFAHRZEUGE
SIND DIENER DER WIRTSCHAFT.
DURCH QUALITÄT UND ANPASSUNG AN DIE WELTMARKTPREISE
BESTE KLASSE**

**PRÜFEN + SIE + SACHLICH + UND + GERECHT!
EHREN + SIE + DEUTSCHE + ARBEIT!**

Die letzte Fahrt der „Italia“.

Ein Vortrag Professor Behounek.

Man merkte es dem Professor Behounek, dem Vorkämpfer, der den General Robile auf seiner Nordpolfahrt begleitete und gestern in der Philharmonie über seine Erlebnisse vortrug, an, daß er aus anerkanntem Kameradschaftsgefühl manches verschwiegen, was im Laufe der verhängnisvollen Expedition geschehen ist. Trotzdem verriet er vieles. So gab der sympathische tschechische Gelehrte offen zu, daß die „Italia“ für die Nordpolfahrt völlig ungeeignet war. Mit unerkennlicher, aber bitterer Ironie erzählt er, daß seine wissenschaftlichen Instrumente sich in einer Kabine — der Führerkabine — befanden, in der sieben Menschen sich gegenseitig auf den Füßen herumstießen und ein Eigen vollkommen unmöglich war. Man schloß festgeschmolzen auf dem schmalen Laufweg und hätte, wäre man nicht festgeschmolzen gewesen, mit Bechtigkeit beim Herumwühlen im Schas die dünne Hülle des Luftschiffes durchstoßen können, um dann kläglich in die Tiefe zu fallen. Der einzige Kenner der Artia an Bord war der schwedische Professor Walmgren, der Dazent für Meeresswissenschaften in Uppsala. Ueber seine Begleiter auf dem grauenhaften Lebensweg im Eise, die italienischen Offiziere Zappi und Mariana, sagte Behounek, daß sie in diesen Tagen nicht mehr als normale Menschen hätten angesprochen werden können. Das Luftschiff, die „Citta di Milano“, war nach der Ansicht des Professors gleichfalls für Arbeiten im Polargebiet vollkommen ungeeignet. Tragik und Komik vermischen sich, wenn Behounek erzählt, wie über dem Nordpol italienische Vieder, Fischfangmärkte auf dem Gramophon gespielt sowie Flagen und Kreuz abgeworfen wurden, und wie dann nach zwei Tagen, am 28. Mai, die Katastrophe des unzulänglichen Fahrzeuges eintrat. Behounek befand sich bei der Gruppe Robile, die mit der Führergondel auf dem Eise landete. Die Luftschiffhülle mit der Gruppe Alessandrini wurde weiter getrieben. Der Italiener Zappi hat nach seiner Rettung durch den russischen Eisbrecher „Krasin“ erklärt, — und diese Erklärung hat besondere Empörung erregt, — daß nach seiner Ansicht die Abgetriebenen verbrannt oder auf andere Weise umgelassen seien. Behounek habe verlangt, daß Italien eine neue Hilfsexpedition ausrüste. Monatslang hätten sich die Verschollenen, falls sie unverletzt zur Erde gelangt seien, am Leben erhalten, denn sie verfügten reichlich über Lebensmittel und Ausrüstungen, die sie benötigten, auch die Polarmacht zu überleben.

Interessante Sichten über verlebendigen das, was der tschechische Gelehrte uns vortrug. Dem tapferen Mann, der neben dem Funker Blagi im roten Fell auf dem Eise immer wieder seinen Kameraden Mut einflößte und Hoffnung gab, dankte der verdiente Beifall der zahlreichen Zuhörerschaft.

Herbst-Messe der Insektenfreunde.

Zweimal im Jahre, im Frühjahr und im Herbst, treffen sich fleißige und ausdauernde Jäger und Liebhaber der kleinen und feinsten Lebewesen, der Schmetterlinge und Insekten, zur Kauf- und Tauschbörse in Berlin. In den Residenzstraßen, Bandenberger Straße, herrschte schon in den frühen Morgenstunden geschäftiges Leben und Treiben. Im strömenden Regen, tiefend vor Käse, kamen die Aussteller an, sorgsam und ängstlich hatte ein jeder seine Schätze, das Produkt mühevoller, langjähriger Arbeit, unter dem Mantel verpackt, damit es durch die Nässe keinen Schaden leide. Aus Brandenburg, aus Sachsen kamen die Teilnehmer, ja, ein Schmetterlingsjäger aus Wiesbaden, der die gleichzeitig in Basel stattfindende Entomologenschau besucht hatte, traf am frühen Morgen als einer der ersten aus Basel ein. Gegen 9 1/2 Uhr waren alle Läden besetzt und die Schau hat ein ebenso schönes, wie reichhaltiges Material. Besonders wertvolle Exemplare, der Mittelpunkt der diesjährigen Schmetterlingschau, waren drei Schmetterlinge aus der Karnosiusfamilie, Eversmanni, Parvifid Wort aus dem Ost-Sinjo-Gebirge; sie unterscheiden sich von ihren Artgenossen durch eine absolute Gelbfärbung. Prächtige Falter aus den brasilianischen Wäldern gab es zu sehen, dazu sehr viel und sehr schönes, heimisches Zuchtmaterial, bei dem vor allem dem Fachmann allerlei interessante Kreuzungen, z. B. Melanismus, auffielen. 30 Kästen mit wunderschönen, spanischen Schmetterlingen erregten allgemeine Bewunderung. Auf daß auch der Materialismus ein wenig zu seinem Recht komme, hatte ein ganz Schöner eine ganze Menge Zigaretten für die Käufer mitgebracht, die dann die erworbenen Exemplare gut verpackt nach Hause tragen konnten. Mit viel Freude stellten die Aussteller fest,

daß die Jugend sich wieder für die Schmetterlingszucht mehr zu interessieren beginnt. Hauptächlich heimische Schmetterlinge, deren Gewinn kein allzu kostspieliger war — für eine Mark gab es schon eine fein zusammengestellte Kollektion — fanden bei den jugendlichen Interessenten starken Abzug.

Die Liquidationsgeschädigten kämpfen weiter.

Unabhängig von der Mobilisierungaktion der Reichsschuldbuchforderungen der Kriegs- und Liquidationsgeschädigten sind die im „Ringverband der geschädigten Auslandsdeutschen und Verdrängten“ organisierten Geschädigten nach wie vor entschlossen, den Kampf für ihre Forderungen — die bekanntlich in einer Vollstreckungsgipfel — fortzusetzen. Daß man es nunmehr mit verschärften Mitteln tun will, bewies die am Montag abend vom „Schuhnerband geschädigter Auslandsdeutscher, Kolonialdeutscher und Verdrängter“ E. B. im Schubert-Saal veranstaltete Mitgliederversammlung, die sehr gut besucht war. Die Mitgliedschaft der in dem genannten Ringverband vertretenen Organisationen besteht vorwiegend aus Kriegsgeschädigten, die sich durch die Schadenaufstellungen, wie sie in dem sogenannten Kriegsschadensgesetz vorgesehen sind, benachteiligt fühlen. Die Führung dieser Bewegung liegt vorwiegend in den Händen der Herren Trapp, Dr. Juff und Dr. Hovlen. Die Genannten wandten sich in ihrem mit starkem Beifall aufgenommenen Ausführungen gegen die zu langsame Abwicklung der Geschäfte in der Reichsschuldbuchverwaltung, die ihre Ursache in dem veralteten Grundbuchgesetz von 1883 habe, das durch eine vom Reichstag beschlossene Reformordnung ersetzt werden müsse. Erwähnenswert sind die Ausführungen des Herrn Dorenberg, der bei den bevorstehenden Verhandlungen über die Revision des Dames-Gulchens die endliche Beachtung des Paragraphen 371 des Friedensvertrages forderte. Dieser Paragraph sagt folgendes: „Deutschland verpflichtet sich, seinen Angehörigen wegen der Liquidation oder Einbehaltung ihrer Güter, Rechte oder Interessen in den alliierten oder assoziierten Ländern vollen Ersatz zu leisten.“ Eine Bestimmung, der die Geschädigten verständliche Sympathie entgegenbringen.

Funkwinkler.

Die Berliner Funkjurisprudenz sucht im Schmelz ihres Angebots für die neu eingeführten Abendunterhaltungen eine endgültige literarische Form. Diesmal soll eine vornehme Gesellschaft irgendwo im Westen gemietet werden, auf der Friede Weber-Gießhurg mit schöner Koloraturbegabung Raddos Vogelged aus dem Palazzo singt. Danach erzieht Alfred Döblin und Professor Heilbron juristische Fragen. Und hier geschieht beinahe das Wunder, daß sich der Rundfunk gegen die Todesstrafe einsetzt. Allerdings ganz schüchtern in einem Reberack, nur mit zarter Andeutung. Dann aber betont plötzlich Heilbron, die Todesstrafe müsse eigentlich, bei richtigem Dichte, besessen, doch beibehalten werden. Die Begründung wird durch Julius Bergers stimmungsreichen Vortrag der Rühmteinschen „Melodie“ und durch Frau Poffens Salongespräch unterbrochen. Döblin setzt darauf rein menschliche Gründe gegen die Todesstrafe ein, aber Heilbrons juristische Argumentation schlägt alles nieder. Ja, Heilbron, der lebenswürdige mondäne Plauderer über Rechtsfragen im Rundfunk, betont hier aus sozialen Gründen die Beibehaltung der Todesstrafe. Die sozialen Gründe nehmen sich allerdings stark mittelalterlich heraus. Noch einmal versucht Döblin eine Einwendung und Frau Poffen unterstützt ihn mit dem Vortrag der herrlichen Worte über die Gnade aus Shakespeares „Kaufmann von Venedig“. Das Problem wird dann mit Schumanns „Träumerei“ und der Königinarie aus Wagner's „Hugenotten“ endgültig zu den Akten gelegt. Der Versuch ist vielleicht erfreulich, daß aktuelle Tagesfragen endlich in gefälliger Form im Rundfunk diskutiert werden, und man kann bekennen, daß in rein formaler Beziehung Betriedigendes gelistet wird. Leider nicht in inhaltlicher, und dies bleibt entscheidend. Es besteht ein großer Unterschied, ob die Herren Döblin und Heilbron auf einer privaten Abendgesellschaft über das Thema der Todesstrafe ganz private Konversation betreiben oder ob dies vor dem Mikrophon geschieht und dadurch endgültige öffentliche Meinung erlöhrt. Eine entschiedene Stellungnahme bringt der Rundfunk nicht, aber der Ton macht die Musik, und dieser Klang ist sehr reaktionär. Die meisten Rundfunkhörer verlangen eine Abschaffung dieser mittelalterlichen Einrichtung. Warum schlägt ihnen der Rundfunk ins Gesicht?

Gefängnis für Friedrich Holländer.

Vor dem Erweiterten Schöffengericht beim Amtsgericht Nürnberg wußte sich der bekannte Komponist Friedrich Holländer aus Berlin wegen eines Vergehens der gefährlichen Fälschung verantworten. Er war am Nachmittag des 4. April d. J. in seinem Kraftwagen mit seiner Begleiterin, der Schauspielerin Marion Vassl, von Nürnberg kommend durch Eichach gefahren. Vor der dortigen Kirche standen neben zwei Personenmännern mehrere Leute, darunter auch Kinder, die fortwährend über die Straße liefen. Holländer hatte trotzdem beim Herannahen an die Gruppe sein Tempo nicht vorwärtsmäßig vermindert, so daß er seinen Wagen nicht mehr rechtzeitig zum Stehen bringen konnte. Als ein achtjähriges Mädchen in 10 Meter Entfernung vor seinem Wagen die Straße überquerte wollte, überfuhr Holländer das Kind, das an den erlittenen Verletzungen starb. Holländer, der jede Schuld bestritt, wurde auf Grund der Zeugenaussagen zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt.

Briefmarkenausstellung der Jugend.

In einem Fest für unsere Jugend gestaltete sich die Jugendherbergs-Briefmarkenausstellung, die die Sammlerparade in Berlin-Niederschönberg veranstaltet haben. Was hier an philatelistischer Arbeit geleistet worden ist, verdient eigentlich in einem größeren Rahmen gewürdigt zu werden. Insbesondere sei den Berliner Schulen der Besuch der groß angelegten Ausstellung empfohlen; er erzieht mindestens diverse Geographiestunden. Die Ausstellung bezweckt, der Jugend, soweit sie schon sammelt oder zu sammeln beginnt, eine richtige Anweisung zu geben und darüber hinaus den ethischen und praktischen Wert des Briefmarkensammelns zu veranschaulichen. Die Jugendgruppen der genannten Vereine hatten reichlich ausgestellt. Neben den sogenannten Postkarten kommt doch mehr der fleißige Sport zum Ausdruck, der sich im leiblichen Aufziehen der Marken und in der Vollständigkeit ganzer Sammlungen kundgibt. So möge man den Verantwortlichen recht geben, wenn sie sagen, daß das Briefmarkensammeln der Jugend bezeichnend auf dem Gebiet der Bistler- und Länderkunde wirkt, daß es Sprachkenntnisse vermittelt, den Vordruckumwech und den Ordnungsumschuß, wunderschöne Disziplin, die wir unserer heutigen Jugend nicht warm genug empfehlen können.

„Wollants Weinberg“ soll Freifläche werden.

Die im inneren Berlin noch erhalten gebliebenen Grünanlagen privater Eigentümer werden jetzt nach Möglichkeit vor der drohenden Vernichtung bewahrt. Die Stadt sorgt dafür, solche Gärten als Freiflächen anzuzweihen, womit sie zunächst der Bebauung entzogen werden. Der Ankauf durch die Stadt, der später einmal folgen muß, erfordert Geldopfer, aber diese Aufwendungen dienen der Volksgesundheit. In früheren Jahrzehnten hat man in dieser Hinsicht wenig oder nichts getan, so daß von dem ehemaligen Reichthum Berlins an Gärten heute nur noch ganz geringe Reste übrig sind. Vor dem Rosenthaler Tor wird jetzt eine Freiflächenausweisung geplant, die von der dort wohnenden Bevölkerung freudig begrüßt werden wird. Am Weinbergsweg liegt das Wollantsche Bienen- und Gartengrundstück, ein Rest des ausgebeuteten Grundbesitzes, den die Familie Wollant da draußen einmal gehabt hat. Der Straßennamen „Weinbergsweg“ hält noch die Erinnerung daran fest, daß auf der Anhöhe vor dem Rosenthaler Tor früher Wein gebaut wurde. Im 17. Jahrhundert beherrschte diesen Weinberg der Graf Sparr. Er stellte auf dem höchsten Punkt ein „Weinbühne“ auf und richtete unten neben dem Weinberg eine Reiterei ein. Im 18. Jahrhundert eröffnete der damalige Besitzer Wollant dort oben ein Kaffeehaus, und der Weinberg wurde nun eine beliebte Ausflugsstätte für die Berliner. Später kam das Weinbergsgelände zum Kaffeehaus und Reiterei in den Besitz der Familie Wollant, die vor dem Rosenthaler Tor große Gärten hatte und sie durch Ankauf noch erweiterte. Der Betrieb des Kaffeehauses und der Reiterei wurde schließlich eingestellt. In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts wurden beim Fortschritt der Bebauung von Berlin-Nord die Gärten Wollants allmählich aufgeteilt und als Baustellen verkauft. Nur das Bienen- und Gartengrundstück am Weinbergsweg ist erhalten geblieben und soll nun dauernd erhalten bleiben. Der Magistrat befreit Auswertung des Grundstücks als Freifläche. Nach der Familie Wollant wurde übrigens der außerhalb der Stadtmauer vom Rosenthaler Tor zum Schönhauser Tor führende Weg im Jahre 1832 offiziell „Wollantstraße“ benannt. Erst nach 1870/71, als man die neuesten Kriegserinnerungen in Straßennamen zu verewigen sich bemühte und bei Umbenennungen von Straßen manche althergebrachten Namen rücksichtslos beseitigte, wurde aus der „Wollantstraße“ die „Lothringers Straße“. Der Straßennamen „Wollantstraße“ entstand später neu in Vankow, wo die Familie Wollant gleichfalls Grundbesitz hatte. Die Wollants waren im Norden neben den Börgers die größten Grundbesitzer.

KURMARK

ist ein bodenständiger Begriff für

TRADITION

ALTE KULTUR und neuzeitliche

TECHNIK



50g

schaffen unter diesem Signum und Wappen eine so reiche Fülle edler

GENUSSES

dass die Cigarette

KURMARK

SPEZIAL-MACEDONEN-MISCHUNG

für jeden Raucher ein Privileg seiner Art ist

Mittwoch Kindertag!



Nachdruck von Wort und Bild verboten!

Oranienstr. 40
Am Oranienplatz
Chausseestr. 113
Beim Stettiner Bkt.
Königstraße 33
Am Bkt. Alexanderplatz

C & A
BRENNINKMEYER

Theater, Lichtspiele usw.

Mittwoch d. 11. Mi.woch. d. 11.

Staats-Oper Unter d. Linden A.-V. 131 30 Uhr Rigoletto	Städtische Oper Bismarckstr. Turban III 19 Uhr Der Prophet
Staats-Oper Am U.S. Kanab. R.-S. 186 19 1/2 Uhr Carmen	Staat. Schauspielh. in Unterarmarkt A.-V. 198 30 Uhr Gespenster

Straat. Schiller-Theater, Charlitzg.
30 Uhr
GAS

SCALA

8 Uhr 8 5. Barbarossa 9256

Jack Hyton, der unumsririene Jazz-König Europas, mit seinen 18 Solisten und weitere zum erste Male in Berlin auftretende internationale Stars.

Großes Schauspielhaus 8

CASANOVA

mit Michael Bohnen, Regie: Charoll
Sonntag 11 Uhr Mittags-Vorstellung
Die ganze Vorst. zu halben Preisen.

6 1/2 Uhr **CASINO-THEATER** 8 1/2 Uhr
Lehringener Straße 37.

Neu! Neu!
Stöpsel

Dazu ein erstklassiger bunter Teil.
Für unsere Leser gratis 107 1-4 Pers.
Fahrtzeit nur 1.25 M., Sessel 1.65 M.
Sonsige Preise: Parken u. Ranz 0.50 M.

Renaissance-Theater
8 1/2, Heide 8 1/2.

Ton in des Töpfers Hand

von Theodore Dreiser. — Deutsch
von Paul Erer. Regie: Gust. Hartung.

Metropol-Theater
Täglich 8 1/2 Uhr

Friederike
Drama von Franz Lehar
Käthe Dorsch
Richard Tauber

Silke Werner • Helmut
Wendisch • G. Arndt
Dora Meyding • Ralf-Er
Die Rolle ist den ganzen
Tag geöffnet.

Telephone Zentrum 378 u. 9393

Komische Oper 8 1/2
James-Klein-Revue:
Tausend nackte Frauen!
Die große Revue der
„Freien Liebe“
Parkett nur 4,50 Mk.

Theater a. Kottbuser Tor
Kottbuser Str. 6 Tel. Moll 1507
Täglich 8 Uhr, auch Sonntags
nachm. 3 Uhr (ermäß. Preise)

Elite-Sänger mit
„Dieterich, beerrische Dicht!“
Waldeinsamkeit
Stammlich „H u Ties“
Volkpreis: Mk 4,50 • 7,40, Logen 7,70

Reichshallen-Theater
Abends 8 1/2 Sonnt. nachm. 3

Stettiner Sänger
Neu!
Hamlet im Heringsladen
Borleske v. Meyzel
Jeden. halbe Preise, volles Programm.
Musik. Variet. — Konz. — Tanz.

Winter Garten
Tägl. 8 Uhr
Internat. Variet. — Konz.
Rauchen gestattet

Volkshühne
Theater am Bismarckplatz
8 Uhr
Der lebende Leichnam

Theater am
Schiffbauerdamm
8 Uhr
Die Drei-Groschen-Oper

Thalia-Theater
8 Uhr
Schneider Wibbels
Auferstehung

Staatl. Schiller-Th.
8 Uhr
GAS

Th. am Schiffbauerdamm
Täglich 8 Uhr
Die Drei-Groschen-Oper

Paulsen, Valett,
Ander, Geron,
Schaufuß, Kühn,
Lenja,
Kapitel: Norden 1141 u. 1281

Deutsches Theater
Norden 12 310
Vorverkauf
auch im Pavillon d.
Reinhardt Bühnen,
Kunsthändelstraße,
Ecke Uhlandstraße
Bismarck 448 u. 449
8 Uhr, Ende: gegen 11

Die Verbreiter
Schauspiel von
Ferdinand Brückner

Kammerspiele
Norden 12 310
8 1/2 U. Ende nach 10

„Ehen werden im
Himmel geschlossen!“
Komödie von Walter
Hasenclever

Die Komödie
Bismarck 2414/7310
11 1/2, Ende 11 3/4 Uhr
Eltern und Kinder
Komödie
von Bernard Shaw

GALLER-REVUE
„Schön und schick“
Täglich
8 1/2 Uhr

Trion-Th.
Täglich 8 1/2 Uhr
Skandal um Oly
Berka Glässer,
Helz Salfner
Rundfunkhöre
nahe Preise
Sonntag und
Sonntag 4 Uhr
**Schneewelchen
und Rosenrot**

Kleines Theater
Täglich 8 1/2 Uhr
Max Adalbert
in
Der Dickkopf
Lendrock, Landa,
Sterier, Siska.

Das eusky-Bühnen
Fr. Kneferitz
Täglich 8 1/2 Uhr
Der Frauenarzt
Schauspiel von
Hans I. Rehfisch
Stg. nachm. 3 1/2 Uhr
Kleine Preise
Der rote General

Perlenkomödie
von Bruno Frank
Stg. nachm. 3 1/2 Uhr
Kleine Preise
**Mein Vater hat
Recht gehabt**

Opernhaus
Dir. Künstler-Th.
8 Uhr
**Die Herzogin
von Chicago**
Dir. von Casar & Kaim

Lesing-Theater
8 1/2 Uhr
Ath. Bassermann,
Ludw. Mannheim
Herr Lambert
Drama von
Louis Verneuil.

Planetarium am Zoo
Fr. in. Nachmittags 5 Uhr
Noth. 157-
16 Uhr
**Der Sternhimmel
im Winter**
in Uhr
Erde und Weltraum.
30 Uhr
Sonne u. Sterne
Volksgläube und
Wissenschaft

Theater des Westens
Täglich 8 Uhr
„Bitte einsteigen“
Revue in 3 Bildern
Musik v. Holländer
mit Josephine Baker
Kat Sherman

**Theater
in der Stadt**
Jugendstr. 31
Jüh. 913 8 1/2 Uhr
**Über 500 Mal:
Spiel im Schloß**
Auskölte von Franz Molay,
Regie Eugen Kobler,
Jana Lantary, Lühr,
Schüler, Ullrich, etc.
Wien, Wien

**„Stückspiel aus
Täglich 8 1/2 Uhr
**Arm wie eine
Kirchenmaus**
mit English, etc.**

Th. in der Lützowstr.
Kurt 9209
Tgl. 8 1/2, Sonnt. 4
Uhr
L. M. Lomme!
in:
**„Runkendorf
auf Welle 0,5“**
Tändunkhöre
halbe Preise
Sonntag 4 Uhr
Klein Hockepock.

**Theater am
Hollendorfsplatz**
Täglich 8 1/2 Uhr
**Schwarzwald-
mädel**
Operette in 3 Akten
Mittwoch u. Sonntag
nachmittags 4 Uhr
**Das neugierige
Sternlein**

Thalia-Theater
Friedener Str. 72-74
8 1/2 Uhr
Schneider Wibbels
Auferstehung
Leske, Grodzinski.

**KLEINE
ANZEIGEN**
in der Gesamtzeitung
des „Vorwärts“ sind
besonders wirksam
und trotzdem
sehr billig!

Rosa-Theater
Kottbuser Str. 11
8 1/2 Uhr
R. D. Verschwinder

Thalia-Theater
Friedener Str. 72-74
8 1/2 Uhr
Schneider Wibbels
Auferstehung
Leske, Grodzinski.

**KLEINE
ANZEIGEN**
in der Gesamtzeitung
des „Vorwärts“ sind
besonders wirksam
und trotzdem
sehr billig!

Thalia-Theater
Friedener Str. 72-74
8 1/2 Uhr
Schneider Wibbels
Auferstehung
Leske, Grodzinski.

**KLEINE
ANZEIGEN**
in der Gesamtzeitung
des „Vorwärts“ sind
besonders wirksam
und trotzdem
sehr billig!

Thalia-Theater
Friedener Str. 72-74
8 1/2 Uhr
Schneider Wibbels
Auferstehung
Leske, Grodzinski.

**KLEINE
ANZEIGEN**
in der Gesamtzeitung
des „Vorwärts“ sind
besonders wirksam
und trotzdem
sehr billig!

Thalia-Theater
Friedener Str. 72-74
8 1/2 Uhr
Schneider Wibbels
Auferstehung
Leske, Grodzinski.

**KLEINE
ANZEIGEN**
in der Gesamtzeitung
des „Vorwärts“ sind
besonders wirksam
und trotzdem
sehr billig!

Krause-Pianos
zur Miete
W50, Ansbacherstr. 1

**Mol- u. Zeichen-
Bedarf**
L. Juergens
Alexanderplatz
Neue Kölnigstr. 43

Sehen erschienen! Sehen erschienen!

**Adolph
Hoffmanns
Erzählungen**

Genauere Erinnerungen
aus Sozialistengesetzlicher Zeit
mit Anhang
200 Seiten stark auf Holzp. Papier
in Ganzleinen geb. mit Titelprägung

3.- RM.
Bes. geeignet zu Geschenkzwecken

**Selbstverlag
von Adolph Hoffmann**
Berlin O 17, Koppenstraße 6 II
Bestellungen nehmen alle Vor-
wärts-Buchhandlungen entgegen

PRINZENSTR.
nur 33
SEGEL
Mk. 30

Größe Lager Berlins
Kaufzahlung

Sil
zum Bleichen
ohne Gleichen!

Ratsweinkeller
Schöneberg, Jutta Schwank
Reichsweine
für Privatgebrauch, Hochzeiten
Gute Stücke
Einziges Ratskeller mit Regieweinen
Annahmehalle.
Städtische Ufer in allerbesten Ausbesserung festsetzen.

Neu eröffnet

Bierheilung :-: Vereinszimmer

Pilsener Urquell 1,20 M. — 75 1,20 M. — 50
Münchener Löwenbräu. 1,20 M. — 60 1,20 M. — 40
Schultheiß-Parzenhofer 1,20 M. — 30

Sonntag großes Mittagessen.
Abendkarte gut und billig.
per Bestellungen Stephan 888 888

Poincarés Entschluß.

Ende der „Nationalen Einigkeit“.

Das Ministerium der „nationalen Einigkeit“, das Poincaré im Juli 1926 gebildet hatte, war von vornherein eine widernatürliche Koalition, die nur aus den besonderen Umständen erklärt werden konnte, in der sie geboren wurde. Damals befand sich ganz Frankreich in einem Zustand der Panik. Die Sorge um den französischen Franken, der eine ähnliche Entwicklung zu nehmen schien wie die deutsche Papiermark, ließ Poincaré als den Retter erscheinen der allein genug Autorität besaß, um dem weiteren Sturz der Währung Einhalt zu gebieten. Da aber in der damaligen Deputiertenkammer ohne die Radikalen nicht regiert werden konnte, entschlossen sich Herriot und einige seiner radikalen Freunde, in ein Ministerium der „nationalen Einigkeit“ unter Poincarés Vorsitz einzutreten.

Dieser Entschluß Herriots ist von einem großen Teil der radikalen Partei schon damals entschieden mißbilligt worden. Aber die Mehrheit der radikalen Kammerfraktion stellte sich auf den Standpunkt, daß eine andere Lösung doch nicht möglich gewesen wäre, da sich die Sozialisten an einer Koalition der Linksparteien nicht beteiligen wollten.

Das Ministerium Poincaré hatte den einzigen Zweck, die Inflation zu verhindern und die Stabilisierung der Währung durchzuführen. Es war für Poincaré nicht allzu schwer, seine Mehrheit zusammenzuhalten, solange er mit der Gefahr eines neuen Sturzes der Währung als Folge des Sturzes des Kabinetts drohen konnte. Daher gelang es ihm auch, einen Zerfall seines Ministeriums vor den letzten Parlamentswahlen zu verhindern, obwohl gerade damals die Radikalen das Bedürfnis nach Wiedererlangung ihrer politischen Unabhängigkeit besonders stark empfanden.

Sogar nach den Wahlen versuchte Poincaré die gefühlte Stabilisierung, die er eigentlich schon längst hätte durchführen können, da sie bereits praktisch wenige Wochen nach seinem Regierungsantritt eingetreten war, hinauszuschieben. Aber die wirtschaftlichen Notwendigkeiten zwangen ihn schließlich doch, die Stabilisierungsgeleise einzubringen, die kurz vor den Sommerferien verabschiedet wurden. Von diesem Augenblick an war das Ende der „nationalen Einigkeit“ nur noch eine Frage der Zeit, denn die Koalition von Herriot bis Marin hatte ihren Daseinszweck verloren.

Die Sommerpause brachte, besonders in den letzten Wochen, eine Fülle von neuem Konfliktstoff. Es sei nur an die ersten Meinungsverschiedenheiten erinnert, die die beabsichtigte Wiedergewählung einiger religiöser Orden verurteilte, sowie an die blutigen Zwischenfälle im Städtchen Bous bei der Einweihung des Denkmals für den Schöpfer der Valen-gefeßgebung, Combes, und schließlich an den Konflikt zwischen Poincaré und der Mehrheit der Finanzkommission, die der ewigen Drohung Poincarés mit der Vertrauensfrage müde geworden war.

Diese ganze Mißstimmung mußte sich auf dem Parteitag der Radikalen in Angers entladen. Dennoch hatte man bis zuletzt annehmen können, daß die Radikalen sich wie bei so vielen früheren Gelegenheiten auf einen grundsätzlichen Protest beschränken würden, ohne für den Augenblick entscheidende Konsequenzen aus ihren Beschlüssen selbst zu wünschen. Der größte Teil des radikalen Parteitages hatte auch schon einen entsprechenden Verlauf genommen. Die allgemeine Stimmung war zwar unzuweifelhaft für die baldige Beendigung der Regierungsbeteiligung, aber es gelang Herriot, sogar mit Unterstützung des Parteivorsitzenden Daladier, der der Wortführer des linken Flügels ist, fast mühelos die gefährlichen Kaniten der eingebrachten Resolutionen abzurufen und eine Vertrauenserklärung für sich und seine parteigenösslichen Ministerkollegen herbeizuführen. Im sicheren Gefühl der übermündeten Gefahr reiste Herriot am Montagabend nach Paris zurück.

Aber es kam anders. In einer Nachsitzung, in der die traditionelle programmatische Rundgebung der radikalen Partei beschlossen werden sollte, brachten die Freunde Caillaux' eine schärfere Note in den Entwurf hinein, als es die Regisseure des Parteitages vorgelesen hatten. Der entscheidende Satz, der die Krise verurteilt hat, besagt, daß die radikale Partei überzeugt ist, daß ihr Programm im Rahmen einer Regierung der nationalen Einigkeit nicht verwirklicht werden kann.

Es ist durchaus denkbar, daß die Verfasser dieser Resolution und ein großer Teil derer, die sie angenommen haben, einen sofortigen Rücktritt der vier radikalen Minister gar nicht beabsichtigten. Wahrscheinlich hätten die meisten sogar einen günstigeren Zeitpunkt für die Eröffnung einer Regierungskrise gemünzt. Man erfährt übrigens, daß die Initiative zur Rücktrittserklärung keineswegs von Herriot selbst ausgegangen ist. Um so einschüderer hat Poincaré die durchaus logische Konsequenz aus dem Beschluß von Angers gezogen. Er ist es gewesen, der am frühen Morgen Herriot zu sich bestellte und ihm den Rücktritt der vier radikalen Kabinettsmitglieder nahelegte. Durch dieses Vorgehen hat Poincaré nur an Prestige gewonnen, denn er ist nicht gestürzt worden, sondern er hat selber den Augenblick bestimmt, der ihm ein weiteres gezieltes Zusammenarbeiten der „nationalen Einigkeit“ unmöglich erscheinen ließ.

Es hat den Anschein, als ob diese Initiative Poincarés bei den Radikalen eine beträchtliche Verwirrung erzeugt hat. Weit davon entfernt, sich als die Sieger zu fühlen und zu gebärden, stecken sie nunmehr die Köpfe zusammen und machen sich gegenseitig Vorwürfe wegen der Beschlüsse von Angers und ihrer unerwarteten Folgen.

Gerade aber, weil die Ministerkrisis unerwartet ausgebrochen ist, erscheint ihre Entwicklung zunächst recht schwierig. Eine Wiederbeirragung Poincarés ist nicht sehr wahrscheinlich, denn Poincaré hatte sich bis zuletzt auf die Formel der „Nationalen Einigkeit“ festgelegt, und diese ist nun einmal durch die Beschlüsse der Radikalen erledigt. Eine Koalition der Mitte mit dem Schwergewicht auf der linken Seite, die sogenannte „Konzentration nach links“, kommt schon eher in Frage, und dafür werden bereits die Namen Briand und Tardieu in den Vordergrund gerückt. Endlich gäbe es noch die theoretische Möglichkeit einer Regierung des Kartells der Linken, die der radikale Parteitag von Angers ausdrücklich als wünschenswert bezeichnet hat. Solange aber die französischen Sozialisten ihre früheren Parteitagsbeschlüsse, die nur eine Unterstützung bürgerlicher Linkeregierungen, nicht aber eine direkte Koalitionspolitik zulassen, nicht revidieren, erscheint eine derartige Lösung höchst unwahrscheinlich.

Einheitsfront — gegen wen?



Der Unternehmer:
Der Kommunist:

Fort mit dem Schlichtungswesen!
Fort mit den Gewerkschaften!
Fort mit der Sozialdemokratie!

Thronrede / Macdonalds Vorstoß.

Scharfe Kritik am Flottenkompromiß. — Baldwin weiß nichts zu antworten.

London, 6. November. (Eigenbericht.)

Die letzte Session des gegenwärtigen Parlaments und die letzte Session der Regierung Baldwin, falls sich die wohlberechtigten Hoffnungen der Arbeiterpartei erfüllen sollten, wurde am Dienstag mit aller traditionellen Feierlichkeit eröffnet. Die vom König vorlesene Thronrede war ungewöhnlich kurz. Sie begann mit der Feststellung, daß die Beziehungen zwischen Großbritannien und den auswärtigen Mächten weiter freundlich seien. Die Regierung habe gemäß ihrer bisherigen Politik auch während der jüngsten Vergangenheit den Völkerbund nach Kräften unterstützt und besonders versucht, dem § 8 des Völkerbundstatuts im Hinblick auf die Herabsetzung der Bewaffnung des Landes nachzukommen. (?) Mit Belgien, Frankreich, Deutschland, Italien und Japan sei eine Einigung über die Notwendigkeit der Aufnahme von Verhandlungen zum Zwecke der Festsetzung der endgültigen Reparationssumme zustande gekommen; es sei des ferneren von Großbritannien anerkannt worden, daß

Verhandlungen bezüglich der Räumung des Rheinlandes

aufgenommen werden sollten. Hinsichtlich China stelle die Thronrede fest, die Bestrebung des Landes, eine zentrale Regierung zu schaffen, sei von großer Bedeutung, nicht nur für die Sicherheit der britischen Staatsbürger in China, sondern für den Frieden der Welt. Der in Vorbereitung befindliche Militär-etat würde unter Berücksichtigung des Zwanges der Sparpolitik entworfen. Die Thronrede zählt weiter die in der kommenden Parlamentssession geplanten gesetzlichen Maßnahmen, darunter die Arbeitslosenversicherung und die Reform der lokalen Selbstverwaltung auf.

In einer unmittelbar nach Verlesung der Thronrede abgehaltenen Sitzung der Arbeiterpartei wurde beschlossen, eine Reihe von Abänderungsanträgen einzubringen, in denen das Verlangen der Regierung in der Frage der Behebung der Arbeitslosigkeit, sowie die Unfähigkeit der Regierung bei der Behebung der wirtschaftlichen Krise getadelt, und das Bedauern darüber ausgesprochen wird, daß die Regierung das geplante Fabrikgesetz nicht einzubringen gedenke. Die Arbeiterpartei wird ferner einen Antrag einbringen, in dem das

anglo-französische Flottenkompromiß

einer scharfen Kritik unterzogen wird, das als ein „erstes Abweichen vom Geiste und Zweck des Völkerbundes“ bezeichnet wird, das geeignet sei, „den Erfolg des Kriegspäckens in Frage zu stellen und die Verwirklichung eines dauernden Friedens durch internationale Entloftung hinauszuschieben“.

Die erste Debatte des Unterhauses wurde durch eine Rede

Ramsey Macdonalds

eröffnet, in der der Führer der Arbeiterpartei die Regierung wegen ihrer inner- und außenpolitischen Haltung aufs schärfste angriff.

Er verglich die Worte der Thronrede ironisch mit den wirklichen Taten der Regierung, der er vorwarf, sie habe ihr Bestes getan, um die Bedeutung des Kellogg-Pakties zunichte zu machen und die Tätigkeit des Völkerbundes einzuschränken. Sie habe weiterhin ihr Bestes getan, um der vorbereitenden Abrüstungskommission Hindernisse in den Weg zu legen. Ueber das englisch-französische Flottenabkommen sagte Macdonald, er könne nicht glauben, daß die Leute, die dieses Abkommen zustande brachten, sich nicht der Tatsache bewußt waren, daß es nicht einen einzigen neuen Punkt enthalte und daß jeder Punkt, in dem man Frankreich entgegenkomme, bereits von Amerika, Italien oder Deutschland verworfen worden sei.

Es sei nicht ein Abkommen zur Beschränkung von Rüstungen gewesen, sondern eine Vereinbarung, die Rüstungen nicht einzuschränken.

Außerdem betonte Macdonald, daß die Telegramme des Foreign Office, in denen dieses Abkommen Washington, Tokio und Rom mitgeteilt wurde, die Landseite des Abkommens überhaupt nicht erwähnten. Man hätte nach den Telegrammen denken können, daß die Frage der ausgebildeten Reserven niemals erwähnt worden sei, und die erste Mitteilung darüber sei durch das „alarmierende“ Telegramm des britischen Botschafters in Berlin gekommen. Macdonald fragte den Premierminister, ob das Ab-

kommen über die Reserven nach einer vorherigen Vereinbarung geschlossen worden sei. Lord Cushingden, führte er weiter aus, habe versucht, die amerikanische Regierung zu überzeugen, daß, als die Franzosen mit den Engländern über das Flottenkompromiß verhandelten, England an keine Vereinbarung mit Frankreich über die Landstreitkräfte, insbesondere über ausgebildete Reserven, dachte. Dies sei jedoch Briand zufolge nicht wahr gewesen. Macdonald fragte, wer recht habe, Briand oder Cushingden, und betonte, daß niemals ein von einer Regierung einer anderen gemachter Vorschlag so summarisch, so bündig und aus so bewundernswerten Gründen verworfen worden sei, wie dieses Abkommen von der amerikanischen Regierung. Macdonald erkundigte sich nach der jetzigen Lage des englisch-französischen Flottenabkommens und fragte, ob es überhaupt noch am Leben oder vollständig fallen gelassen werden sei. Sei irgendeine Antwort auf die amerikanische Note erfolgt? Habe ein weiterer Gedantenaustausch mit Frankreich über diese Frage stattgefunden? Und wenn Rüttelungen zwischen England und Frankreich gewechselt worden seien, könne sie der Premierminister veröffentlichen?

Zum Schluß seiner Rede bemerkte Macdonald — bezugnehmend auf die Tatsache, daß dies die letzte Parlamentstagung vor den Neuwahlen ist —, der Vorhang gehe hoch über dem

letzten Akt eines sehr traurigen Dramas.

das die konservative Regierung während der letzten vier Jahre gespielt habe. Es schwinde auch das geringe Vertrauen, das im Lande für die Baldwin-Regierung bestanden habe. Baldwin habe seine Versprechen gebrochen und goldene Gelegenheiten verpasst, um den Nationen Europas Sicherheit zu geben, damit sie aus vollem Herzen zu einer gemeinsamen Vereinbarung über die Abrüstung gelangen und das Werk des Friedens in Angriff nehmen könnten.

Baldwin

bemerkte in seiner Erwiderung, keine Fragen seien schwieriger im Unterhaus zu erörtern als solche, die auswärtige Beziehungen betreffen, da man sich dabei dauernd „auf Glattis bewege“. Es könnten Worte verbrocht und eingestellt werden und könnten in der ganzen Welt Schaden anrichten. Anders wiederum könnten falsch verstanden werden. Der Premierminister nahm hierauf auf die Bemerkung Macdonalds Bezug, daß die in der Thronrede gebrachten Worte über die auswärtigen Beziehungen nicht mit den Taten der Regierung übereinstimmten. Der Angriff der Opposition sei während der letzten Monate so allgemein gewesen, daß es für die Regierung unmöglich sei, zu erwidern, bevor sie nicht außer dem Standpunkt des Führers der Arbeiterpartei, Macdonald, auch den des Führers der Liberalen Partei, Lloyd George, gehört habe. Es wäre unhöflich gegenüber der Liberalen Partei, jetzt eine Erörterung vorzunehmen. Wenn der Abänderungsantrag eingebracht sei, so werde die Regierung ihr Bestes tun, um darauf zu antworten.

Im Hause herrschte einige Ueberraschung, als zutage trat, daß dies alles war, was der Premierminister zu sagen hatte. Macdonald erhob sich sofort und fragte, ob die Regierung denn gar keine Ausführungen über auswärtige Angelegenheiten und über das englisch-französische Abkommen zu machen habe, die ihre Haltung klarstellen, ohne Rücksicht darauf, was Lloyd George oder er selbst dazu zu sagen hätten.

Baldwin erwiderte: „Wir haben ein Weißbuch veröffentlicht. Wir wissen, daß wir in dieser Frage einen Mißtrauensantrag zu gewärtigen haben. Dies wird die Gelegenheit sein, bei der die Regierung ihren Standpunkt klar machen wird.“

Macdonald fragte hierauf, ob es denn nicht angebracht sei, daß der Premierminister aus Höflichkeit gegenüber dem Hause eine eingehende Eröffnungserklärung abgäbe.

Snowden beklagte sich darüber, daß Baldwin das Haus mit

noch nie dagewesener Unhöflichkeit

behandelt habe. Es habe sehr wenig Wert, die Erörterung heute fortzusetzen, wenn die Regierung unwillig oder unfähig sei, eine Erwiderung auf die Beurteilung ihrer Außenpolitik zu geben. Snowden beantragte daher die Vertagung der Debatte auf morgen, in der Hoffnung, daß der Premierminister die Zwischenzeit dazu verwenden werde, eine Antwort vorzubereiten.

Baldwin nahm diesen Vorschlag an, worauf sich das Haus vertagte.

Der ADOB. zum Ruhrkampf.

Eine Gegenschrift.

Der Bundesvorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes nimmt in einer Gegenschrift Stellung zur Denkschrift der Vereinigung der Arbeitgeberverbände über eine Reform des Schlichtungswesens und zur Rechtslage bei der Aussperrung in der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie. Dabei erklärt der ADOB, vorweg, „dass es auf die Rechtslage in diesem großen Arbeitskampf tatsächlich nicht in erster Linie ankommt“.

„Ausschlaggebend ist vielmehr allein die Tatsache, daß der materielle Inhalt des gefällten Schiedsspruches dem Reichsarbeitsminister bei der Verbindlichklärung vorgelegen hat. Der Reichsarbeitsminister hat diesen materiellen Inhalt des Schiedsspruches aus wirtschaftlichen und sozialen Gründen für angemessen und tragbar gehalten. Die Verbindlichklärung ist ausgesprochen worden. Neben dieser eindeutigen Tatsache spielen Rechtsfragen nur eine untergeordnete Rolle. Es kommt bei dem Schlichtungswesen nicht ausschlaggebend auf den Inhalt der Paragraphen oder auf die Nennung bzw. Ausgestaltung der Paragraphen der Schlichtungsordnung an, sondern vor allem darauf, wie die Schlichtungsinstanzen materiell entscheiden.“

In dem vorliegenden Streitfall hat der Reichsarbeitsminister die Verantwortung für den materiellen Inhalt des Schiedsspruches gegenüber der deutschen Öffentlichkeit übernommen. Damit ist aber bereits die Rechtslage für die Öffentlichkeit, die Arbeitgeberverbände und die Gewerkschaften eindeutig geklärt, soweit man sich nicht nur auf rein formale Gründe stützen will.“

In seinen weiteren Ausführungen stellt der ADOB fest, daß die Handlungsweise des Arbeitgeberverbandes einen Tarifbruch darstelle, so daß sowohl die betroffenen Gewerkschaften als auch die Arbeiter, soweit sie Gewerkschaftsmitglieder sind, Schadenersatzansprüche geltend machen könnten. Im weiteren werden einzeln die Gründe der Unternehmer untersucht und es wird festgestellt, daß diese Rechtsgründe nicht stichhaltig sind. Im übrigen wird betreffend des dritten Einwandes, wonach die Schlichtungsinstanzen durch Festlegung des Akkordzuschlages ihre Zuständigkeit bestritten hätten, noch bemerkt:

„Die Erhöhung der Akkordlöhne beträgt zwei Reichspfennige. Das würde bei 48 Wochenstunden für den Arbeiter 96 Reichspfennige, bei 54 Wochenstunden für den Arbeiter 108 Reichspfennige ausmachen. Selbst wenn die Arbeitgeber der Meinung wären, daß sie nicht verpflichtet sind, diese Beträge zu bezahlen, wären sie ohne weiteres in der Lage, das den Arbeitern bei den Lohnzahlungen mitzuteilen. Die Arbeiter könnten dann die Arbeitsgerichtsbehörden anrufen, damit diese entscheiden, wer im Rechte ist. Auch die Verbände könnten diesen reinen Rechts-

streit um die Gültigkeit einer Bestimmung des Tarifvertrages friedlich vor den Arbeitsgerichtsbehörden austragen. Aus einem derartigen Grunde eine Aussperrung von hunderttausenden Arbeitern vorzunehmen, ist in gar keiner Weise zu rechtfertigen.“

Zu den Vorschlägen der Vereinigung der Arbeitgeberverbände zur Reform der Schlichtungsordnung wird erklärt, daß diese Vorschläge genau so wie die vorgeschobenen Rechtsgründe der Schwerindustriellen „eine Bemäntelung der Tatsache darstellen, daß in Wirklichkeit der Kampf gegen die Staatsautorität gerichtet ist“.

Nach den Vorschlägen der Unternehmer soll die Verbindlichklärung nur noch ausgesprochen werden bei Arbeitsstreitigkeiten in den sogenannten lebenswichtigen Betrieben und zweitens bei Streitigkeiten, die die deutsche Volkswirtschaft so stark treffen, daß die Lebensmöglichkeiten der Gesamtbevölkerung bedroht sind.

Ueber den ersten Punkt bestehen keinerlei Streit, höchstens über die Abgrenzung des Begriffs „lebenswichtiger Betrieb“. Der zweite Vorschlag sei aber so mehrdeutig, daß die Unternehmer ihn immer nach ihren Profitinteressen auslegen könnten, um zu entscheiden, wo und wann die Lebensmöglichkeiten der Gesamtbevölkerung bedroht seien. Ueberdies soll durch die Schaffung eines Reichsschiedsamtes eine weitere Verschleppung der Entscheidung erfolgen und darüber hinaus der Reichsarbeitsminister an die Vorentscheidung des Reichsschiedsamtes gebunden sein. Es sei daher unbedingt notwendig, das Schlichtungswesen, unter Berücksichtigung der Grundsätze, die der Reichsarbeitsminister in der Aussprache am 16. Oktober aufgestellt hat, in der bisherigen Weise beizubehalten.

Keine Vermittlungsaktion!

Auch keine Aussicht darauf.

Zu den Gerüchten über eine Vermittlungsaktion zwecks Beilegung des Konfliktes in der Metallindustrie Nordwest wird von der Führung des Deutschen Metallarbeiterverbandes erklärt, daß die Bemühungen, durch vermittelndes Eingreifen Möglichkeiten zur Beilegung des Konfliktes zu schaffen, nach der Entwicklung der letzten Tage als aussichtslos erscheinen müßten. Die Regierung besäße auf Anerkennung des verbindlich erklärten Schiedsspruches, der einen vertraglichen Zustand geschaffen habe. Die Gewerkschaften könnten den

Standpunkt der Regierung nur unterstützen. Möglichkeiten zu Verhandlungen über den verbindlich erklärten Schiedsspruch beständen nicht. Eine Vermittlungsaktion könne nur von neutraler dritter Seite ausgehen. Angehts der zwischen den beiden Parteien bestehenden unüberbrückbaren Gegensätze seien jedoch zurzeit kaum Aussichten dafür vorhanden, daß eine derartige Aktion auch Erfolg habe.

Die verletzte Friedenspflicht.

Metallarbeiterverbände an Unternehmerverband.

Duisburg, 6. November. Die Vertreter der drei Metallarbeiterverbände versammelten sich heute nachmittag in Duisburg und richteten folgenden Brief an den Arbeitgeberverband Nordwest: „Am 31. Oktober 1928 wurde der Schiedsspruch vom 26. Oktober 1928 für den Bereich der nordwestlichen Gruppe vom Reichsarbeitsministerium für verbindlich erklärt. Die Mitglieder Ihres Verbandes haben am 1. November 1928 auf Ihre Veranlassung den Arbeitern die Möglichkeit zur Arbeit genommen. Ihrerseits wurden Ihre Mitglieder bisher nicht angehalten, das Lohnabkommen zu erfüllen. Die tarifliche Friedenspflicht haben Sie dadurch verletzt, für deren Folgen Sie verantwortlich sind.“

Zentrumsparlei und Eisenerzstreik.

Die Reichstagsfraktion der Zentrumsparlei ist auf Mittwoch, den 7. November, zu einer Sitzung nach Berlin berufen, um Stellung zu der durch den Konflikt in der Eisenerzindustrie geschaffenen politischen Lage zu nehmen.

Oesterreich-Deutschland. Das Novemberheft „Oesterreich-Deutschland“ (Zentralorgan des Oesterreichisch-Deutschen Volksbundes) ist der Erinnerung an die Staatsgründung Oesterreichs im November 1918 als „Bestandteil der Deutschen Republik“ gewidmet. Oesterreichs erster Staatskanzler Dr. Karl Renner, Reichstagspräsident Löbe, Abg. Dr. Mittelmann, Abg. Erkelens u. a. haben wertvolle Beiträge zur Verfassung gestellt. Das Heft ist zu beziehen im: Heim ins Reich-Verlag, Berlin NW 40, Kronprinzenufer 19.

Mandatsniederlegung. An Stelle des Abgeordneten Andre (Stuttgart), der sein Mandat niedergelegt hat, tritt der Verbandsgeschäftsführer Johannes Groß, Stuttgart (Zentrumsparlei) in den Reichstag ein.

Verantwortlich für Politik: Dr. Curt Geyer; Wirtschaft: H. Klingenhöfer; Gewerkschaftsbewegung: Dr. Gylson; Kunst: Dr. H. B. Böcher; Politik und Sonstiges: Fritz Kersch; Anzeigen: H. Bode; Druck: Köpcke in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Verlag und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 6, Unter den Eichen 3. Diersch 2 Beilagen und „Unterhaltung und Wissen“.

Wohlfleile Woche

Wir bringen in dieser Woche wohlfleile Waren aus fast allen Abteilungen, die sich durch ihre Preiswürdigkeit schon jetzt zum Einkauf für das Weihnachtsfest ganz besonders eignen.

Taschentücher für Herren, weiß, Linn, 23 Pf.
braut kariert, gute Qual., 1/2 Dutzd., 1,25, Stück

Taschentücher für Damen, weiß, Batist, Hohlsaum und handgeknüpft, 145 Pf.
handgeknüpft, 1/2 Dutzd. im Gesenckkarton

Trikotagen

Damen-Schlüpfer 1⁹⁵ 1⁴⁵
mit ausgeräumtem Futter

Damen-Hemdchsen 1⁹⁵ 1⁴⁵
feine Baumwolle, mit Bandträgern

Damen-Schlüpfer 3⁴⁵ 2⁷⁵
Kunstseide, mit warmem Futter

Trikot-Oberhemden für Herren, 1⁹⁵
mit modernem Einsatz, 2,95

Herren-Futterhosen Größe 4, 2⁶⁵
Jede weitere Größe 25 Pf. mehr

Herren-Garnituren 4⁹⁰
Jacke und Bekleid., einfarbig

Leinwandwaren

Küchenhandtücher grauweiß, 48 Pf.
Dreieckewebe, gestickt und gebändert

Küchenhandtücher halbleinewebe, 95 Pf.
Dalpergewebe, weiß, für Küche, abgeg., ges. u. geb., ca. 48/100cm

Stubenhandtücher Dreieckewebe, 78 Pf.
vollweiss, gleichl., abgeg., ges. und geb., ca. 30/100 cm

Stubenhandtücher weiß, Jacquardgewebe, 1³⁵
schwere, halbl. Qualität, abgeg., ges. und geb., ca. 48/100 cm

Stichdecken gewebt, doppelseitig, 5⁷⁵
zu decken, geschmackvolles Anklage Blumenmuster, ca. 120/185 cm

Stichdecken 7⁷⁵
Kunstseide, moderne Dekors, ca. 120/185 cm

Stichtücher vollweiss, gleichl., 1⁹⁵ Servietten
daz. passend, 130/225, 4,75, 130/180, 2,25, 130/130, 2,65, 110/110, ca. 25/35cm 58 Pf.

Damen-Bekleidung

Kleider aus Wäscheamt, mit Laekgürtel und 15⁵⁰
hellem Überkragen

Mäntel aus Ottomane, ganz gefüttert, auf Kunstseide, 49⁵⁰
mit modernem geogenen Nutrikanin-Pelzkragen

Mäntel aus schwerem Ottomane, ganz gefüttert, mit 59⁰⁰
Pelzkragen und Manschetten, moderner Rückenpartie

Lumberjak Wolle mit Kunstseide, in verschiedenen 6⁹⁰
Mustern

Pullover Wolle mit Kunstseide, Gürtel, in guter Ausführung 9⁷⁵

Jumper aus Trikot, abwaschbar (Kunstseide), bedruckt, 14⁷⁵
mit Krautwebe feuch verarbeitet

Jumper aus reinwollenen Trikot, mit Säumen und 15⁹⁰
Taschen gut verarbeitet

Morgenevörte aus Flauschstoff, mit 6⁹⁰
Applikation

Morgenevörte a. Flauschstoff, m. gesteppt, Atlas-Schalkrg., 7⁵⁰
u. Aermelaufschlägen

Morgenevörte a. Flauschstoff, m. reich 9⁷⁵
Stickerel und langem einfarbigen Schal

Morgenevörte schw. Flauschstoff, m. reich 10⁵⁰
Stickerel u. Tasche

Damen-Wäsche

Trägerhemden 95 Pf.
mit Stickerel

Nachthemden 1⁹⁵
schöne Form

Schlüpfer 1⁹⁵
mit ausgeräumtem Futter

Bubi-Nachthemden 2⁹⁵
farbig

Kunstseide Unterkleider 2⁹⁵
reiche Farbenswahl

Opal-Hemdchsen 3⁷⁵
mit Spitzenziererung

Flanellpyjamas 7⁵⁰
gute Qualität

Kunstseid. Complets 7⁹⁰
moderne Ausstattung

Gummiplattenschürzen 1⁴⁵
gute Qualität

Damen-Nesselmittel 2⁹⁵
Größe 42-48

Strümpfe

Damen-Strümpfe oder Herren-Socken gute Qualitäten, Paar 95 Pf.

Damen-Strümpfe Seidenfaser oder Mako oder Herren-Socken Mako m. Kunstseide, gemischt, Paar 1⁴⁵

Damen-Strümpfe kastl. Seide oder reine Wolle oder Herren-Socken reine Wolle, Paar 1⁹⁵

Unsere „Hertle-Extra“-Strümpfe die Herbst-Feldstrümpfe (auch für starke Damen geeignet), Paar 2⁵⁰

Damen-Strümpfe Kaschmir, reine Wolle oder Herren-Socken original-englisch, Paar 2⁹⁵

Kinder-Gamaschen 1⁴⁵ 1²⁵ 1⁹⁵
reine Wolle, 7-8, PAAR 1²⁵ 0-4, PAAR 95 Pf.

Bettwäsche

Kopfkissenbezüge 2²⁵ 1⁹⁵ 1³⁵
Größe 20/24, Linn

Deckelbezüge 7⁷⁵ 5⁹⁰ 4⁷⁵
Größe 120/200, Linn

Damastgarnituren 12⁷⁵
1 Deckbett, 2 Kissen, 21,50, 16,50, 12,50

Bettlaken 1⁹⁰ 3⁹⁵ 2⁷⁵
Neuseel., Dowlae

Bettlaken 4²⁵ 3³⁵ 2²⁵
Flanell

Schlafdecken 2⁴⁵ 2⁹⁵ 4⁵⁰
grün, braun, kariert

Kopfkissenbezüge 2⁶⁵ Überlaken hierzu, 7⁹⁵
gestickt, mit breit. Hohlsaum, 80/80, 150/200

HERMANN TITZ